

20. Juni

5 / 2019

www.landtag-mv.de



+++ Birgit Hesse ist neue Landtagspräsidentin +++ Neue Minister vereidigt +++ Wie bleibt wohnen in M-V bezahlbar?
+++ 70 Jahre Grundgesetz +++ Diskussion über Strategiefonds +++ Grenzen für Fischer +++ Das Chaos kommt
zurück +++ Das war der „Tag der offenen Tür des Landtages 2019“ +++ Bienen-Quiz +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkolumne	Yvonne Griep, Koordinatorin des Beteiligungsnetzwerks MV beim Landesjugendring, kommentiert das Beteiligungsprojekt „Jugend fragt nach“
4 – 16	AUS DEM PLENUM	Birgit Hesse ist neue Landtagspräsidentin Interview mit der neuen Landtagspräsidentin
4 – 7	Wahl der Landtagspräsidentin	
8 - 9	Aktuelle Stunde	„Bezahlbare Miete statt hoher Rendite - Gutes und bezahlbares Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern“
10 – 17	Berichte	Hotline für barrierefreies Reisen – Bahn strukturiert Mobilitätsservice um 70 Jahre Grundgesetz – Landtagspräsidentin würdigt Verfassung Impfpflicht gegen Masern? Landtag diskutiert über Strategiefonds der Landesregierung Kein Radbeauftragter für das Land Grenzen für Fischer
18	Weitere Beschlüsse	Gerichtsstrukturreform: Evaluation für 2019 geplant Landesrechnungshof: Spitzenplatz für M-V bei Verschuldung Petitionen: Landtag stimmt zu Immunität aufgehoben Julian Barlen rückt im Landtag nach
19	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
20	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Internationale Tagung – Arbeitsgruppe und Jugendforum der Ostseeparlamentarier (BSPC) zu Migration und Integration
21 – 27	PANORAMA	Das Persönliche Dutzend – Marc Reinhardt Präsidenten-Konferenz in Würzburg Das war der „Tag der offenen Tür des Landtages 2019“ „Das Chaos kommt zurück“ – „Jugend fragt nach“ im Landtag M-V Honigbienen auf dem Schlossdach - Preisrätsel
28	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner,
 Michaela Ludmann

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 31.05.2019

Jugend im Landtag – Und was kam dabei raus?



Foto: privat

Yvonne Griep ist Koordinatorin des Beteiligungsnetzwerks beim Landesjugendring MV und Mit-Organisatorin bei „Jugend fragt nach“ und „Jugend im Landtag“.

Seit 19 Jahren veranstalten der Landtag und der Landesjugendring in M-V gemeinsam das Jugendprojekt „Jugend im Landtag“ (JiL) – seit 2011 zudem das kleinere Format „Jugend fragt nach“. Klar war für beide Veranstalter von Anfang an, dass dies kein reines Planspiel wie in vielen anderen Bundesländern sein soll. In die Rolle von Abgeordneten reinzuschlupfen, ist für junge Menschen zweifelsohne interessant. Noch interessanter und

Doch so einfach ist es leider nicht. Während die Jugendlichen sich, trotz zum Teil deutlicher Unterschiede ihrer regionalen Hintergründe und politischen Überzeugungen, jedes Jahr erstaunlich schnell und relativ unkompliziert auf klare Leitlinien einigen, mahlen die Mühlen im realen politischen Alltag langsamer. Und Jahre später fällt leider kaum noch die Aussage: „Zu diesem Ergebnis haben die Forderungen der Jugendlichen

Immer häufiger aber steigen einzelne Abgeordnete aus dieser Schutzargumentation aus und engagiert in die Diskussion ein. Sie geben Tipps, wie die Visionen der Jugendlichen realistisch umgesetzt werden können, vermitteln Treffen mit zuständigen Stellen oder bieten weitere Gespräche u.a. in den zuständigen Gremien an. Das wohl bekannteste Ergebnis ist die Anhörungsreihe „Jung sein in M-V“ im Sozialausschuss. Wie viel dadurch inhaltlich tatsächlich erreicht wird, bleibt abzuwarten. Unmittelbare Ergebnisse solcher Verabredungen hingegen sind, dass Jugendliche und Abgeordnete gegenseitige Vorurteile abbauen, die beteiligten Jugendlichen Politik als interessant und gestaltbar wahrnehmen und Jugendthemen in der Politik deutlicher vorkommen. Jugendliche erleben Abgeordnete als nahbar, Abgeordnete die Jugendlichen als interessiert und engagiert.

Diese Ergebnisse sind zwar nicht so leicht messbar, aber sie sind es wert dranzubleiben, den Jugendlichen Mut zu machen, immer wieder nachzufragen und die Abgeordneten zu unterstützen, den regelmäßigen kreativen Dialog mit Jugendlichen fortzuführen. So fördern wir Schritt für Schritt, dass Jugendliche nicht nur als „die Zukunft“, sondern auch als wichtiger Bestandteil des Hier und Jetzt wahrgenommen werden. Dafür setzen wir uns auch weiterhin sehr gerne ein.

Yvonne Griep

„Gegenseitige Vorurteile abbauen.“

potenziell nachhaltiger ist für sie jedoch, die Möglichkeit eigene Themen in den Landtag zu bringen und den Abgeordneten reale, aktuelle Probleme ihrer Generation bewusst zu machen. Jedes Jahr kommen dafür junge interessierte Menschen in den Landtag. In dem mehrtägigen Projekt setzen sie die Themen, tauschen sich dazu aus und erarbeiten gemeinsam Ideen und Forderungen für ein zukunftsfähiges, jugendgerechtes M-V. Im Dialog mit Abgeordneten fordern sie dazu Positionierungen ein.

Nach der Veranstaltung folgt oft von vielen Seiten die Frage nach nachweisbaren Erfolgen. Die Erwartung ist meist, dass die Forderungen der Jugendlichen zeitnah vom Landtag umgesetzt werden. Und auch die Jugendlichen wären nicht enttäuscht, nach der Veranstaltung eine Liste zu erhalten, welche ihrer Ideen für gut befunden wurden und deshalb zeitnah umgesetzt werden.

damals den Anstoß gegeben.“ – selbst wenn es das eine oder andere Mal vielleicht so war.

Die Teilnehmer*innen erwarten im ersten Schritt nicht die hundertprozentige Umsetzung ihre Ideen, sondern vor allem einen ehrlich geführten Dialog. Sie wollen Diskussionen, bei denen sie und ihre Anliegen ernst genommen werden, ihnen interessiert zugehört und mit ihnen gemeinsam an ihren Ideen weitergedacht wird. Viele sind bereit, dafür auch nach JiL aktiv zu bleiben. Aber dafür wollen sie ein Signal, dass sich ihr Einsatz lohnen kann. Eher „traditionelle“ Aussagen, dass ihre Ideen nicht finanzierbar, nicht mehrheitsfähig und schlicht keine Landesthemen wären, sind bei solchen Gesprächen zwar politisch nachvollziehbar, hinterlassen aber schnell den Eindruck des Desinteresses seitens der Abgeordneten.

Foto: Uwe Sinnacker



Birgit Hesse ist neue Landtagspräsidentin

Höchste Frau im Land setzt auf Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern für ein friedliches, weltoffenes und gemeinschaftliches Zusammenleben

■ Neue Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern ist Birgit Hesse. Der Landtag hat in seiner 64. Sitzung am 22. Mai 2019 die Abgeordnete Birgit Hesse auf Antrag der SPD-Fraktion zur neuen Landtagspräsidentin gewählt. 65 Abgeordnete gaben ihre Stimme ab. Für Birgit Hesse als Landtagspräsidentin sprachen sich 33 Abgeordnete aus, gegen sie stimmten 27, fünf enthielten sich. Damit hat Birgit Hesse die nötige Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht. Die ehemalige Bildungsministerin folgt der am 28. April 2019 verstorbenen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, die fast 17 Jahre lang das Amt ausübte. Vor der Wahl gedachten die Abgeordneten der Verstorbenen in einer Schweigeminute. Birgit Hesse bedankte sich im Anschluss an ihre Wahl bei den Abgeordneten für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und für die Wahl zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Unter diesen Umständen das Amt der höchsten Repräsentantin unseres Bundeslandes zu übernehmen, ist eine große Herausforderung. Seit 2002 war Sylvia Bretschneider das Gesicht unseres Par-

lamentes. Sie vertrat innerhalb und außerhalb des Landtages entschlossen die Handlungsprinzipien und Werte der parlamentarischen Demokratie. Dieser herausragenden Landtagspräsidentin im Amt nachzufolgen ist eine große Ehre.

Mit dem ihm gebührenden Respekt nehme ich dieses Amt gerne an und werde mich mit ganzer Kraft den neuen Aufgaben stellen.

Einen ganz besonderen Dank und meine Hochachtung möchte ich den Vizepräsidentinnen unseres Landtages, Ihnen, liebe Frau Schlupp, und Ihnen, liebe Frau Dr. Schwenke, aussprechen. In den zurückliegenden mehr als eineinhalb Jahren haben Sie den Landtag nach außen großartig repräsentiert und hinsichtlich der Plenarsitzungen eine beeindruckende Arbeit geleistet. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen im Präsidium, um gemeinsam zum Wohle des Ansehens des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu wirken.

Danken möchte ich auch dem Landtagsdirektor, Herrn Tebben, für die umfassende Vertretung des Parlamentes in Verwaltungsangelegenheiten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung insgesamt, die die vergangenen Monate immer wieder vor besondere Herausforderungen gestellt waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete,

die Aufgaben dieses hohen Amtes werde ich so erfüllen, wie sie die Landesverfassung sowie die Geschäftsordnung des Landtages M-V

erfordern: überparteilich moderierend und sachlich die verschiedenen Interessen zusammenführend – zum Wohle des gesamten Parlamentes.

Denjenigen von Ihnen, die mir heute ihre Stimme nicht gegeben haben, möchte ich sagen, dass ich alles daran setzen werde, mir auch Ihr Vertrauen zu erarbeiten und Sie durch meine zukünftige Arbeit zu überzeugen.

Als Präsidentin des Landtages M-V möchte ich die von Sylvia Bretschneider angestoßenen Projekte, wie etwa die Bewerbung des „Schweriner Residenzensembles“ als UNESCO-Weltkulturerbe, erfolgreich zu Ende bringen. Weiterhin werde ich mich für die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ einsetzen – für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern. Initiiert wurde „WIR“ im Jahr 2008, im selben Jahr wurde ich zur Landrätin Nordwestmecklenburgs gewählt, und bereits in diesem Amt konnte ich zahlreiche dieser wichtigen Formate von „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ kennenlernen.

Für ein friedliches, weltoffenes und gemeinschaftliches Zusammenleben in Mecklenburg-Vorpommern erachte ich es als notwendig, dass wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier uns stets im Dialog mit den Wählerinnen und Wählern befinden und dass wir unser Parlament nach außen weiterhin so umfassend für Besucherinnen und Besucher öffnen. Politische Entscheidungsprozesse sollten transparent dargelegt werden, um die Werte sowie die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie verständlich zu machen. Daher ist mir die parlamentarische Bildung vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene ein besonderes Anliegen. Hier gilt es, das hohe Niveau des Landtages in den unterschiedlichen Formaten für die Jugendlichen, wie beispielsweise „Jugend fragt nach 2019“ vom 3. bis 6.



Foto: Jens Büttner

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (li.) gehörte mit zu den ersten Gratulanten.

Juni hier im Schweriner Schloss, fortzusetzen und in bestimmten Bereichen noch auszubauen.

Auch außerhalb des Plenarsaales möchte ich den Landtag sichtbarer machen, zu den Menschen gehen und über das Geschehen im Landtag informieren. Damit es nicht heißt: „die da in Schwerin sind weit weg und entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg“. Es ist wichtig, Begegnungsmöglichkeiten zwischen dem Parlament und den Menschen zu schaffen, besonders im ländlich geprägten Raum. Als Landtagspräsidentin möchte ich für die Menschen in unserem Bundesland Ansprechpartnerin sein und das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie, in den Landtag und die Arbeit der Abgeordneten dieses hohen Hauses stärken.

So wie es meine Vorgängerin getan hat, möchte ich mich gemeinsam mit Ihnen, Herrn Kollegen Waldmüller, in die Arbeit des Landestourismusverbandes einbringen und in bewährter Weise für das Reiseziel Mecklenburg-Vorpommern stark machen.

Ohne den engagierten Einsatz der zahlreichen Mitglieder in den Vereinen des Landes, die sich in der Regel ehrenamtlich in ihrer Freizeit einbringen und sich für ihre Mitmenschen einsetzen, wäre unser schönes Mecklenburg-Vorpommern nicht das, was es ist. Erst die ehrenamtlich Engagierten in den vielfältigsten Bereichen sind es, die in

unserer Mitte und konkret vor Ort das Zusammenleben gestalten.

Aus meinem bisherigen Amt möchte ich gewissermaßen die Tätigkeiten für den Sport mitnehmen und als Landtagspräsidentin auch Botschafterin für den Sport in Mecklenburg-Vorpommern sein. Mir liegt es besonders am Herzen, die gesellschaftliche Bedeutung des Spitzen- und des Breitensportes deutlicher herauszustellen und zu würdigen. In keinem anderen Bereich engagieren sich so viele Menschen wie im Sport.

Als besondere Stütze für unser Gemeinwesen möchte ich nicht zuletzt die Bedeutung der Polizei, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerkes hervorheben. Sie sind der Garant für ein friedliches und sicheres Zusammenleben in unserem Bundesland: im privaten Umfeld, im öffentlichen Raum und besonders als schützende Hand bei Katastrophenfällen. Wir können stets auf ihren uneigennütigen, schnellen und qualifizierten Einsatz vertrauen.

Die Umsetzung all dieser Aufgaben kann niemals im Alleingang gelingen. Das braucht eine breite Basis von Unterstützerinnen und Unterstützern sowie ein handlungsfähiges engagiertes Team – ich freue mich daher sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich danke Ihnen nochmals für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Vielen Dank.

Vertrauen in Demokratie stärken

Interview mit der neuen Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ Der Landtag M-V hat eine neue Präsidentin gewählt: Birgit Hesse. Die Juristin und frühere Bildungsministerin sprach in ihrer Antrittsrede den beiden Vizepräsidentinnen des Landtages, Beate Schlupp und Dr. Mignon Schwenke, ihren besonderen Dank aus. Beide hätten in den zurückliegenden rund ein- und einhalb Jahren das Parlament großartig nach außen repräsentiert und während der Plenarsitzungen beeindruckende Arbeit geleistet. Sie selbst wolle sich ebenfalls mit ganzer Kraft ihrem neuen Amt widmen.



Foto: SPD-Fraktion

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Frau Hesse, Sie wurden am 22. Mai mit knapper Mehrheit zur Landtagspräsidentin gewählt. Ist das für Ihre künftige Arbeit im Parlament von Belang?

Ich bin im ersten Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit zur Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gewählt worden. Dieses positive Ergebnis steht für mich im Vordergrund. Über die Wahl freue ich mich sehr und gehe seither meine neuen Aufgaben an. Ich werde alles daransetzen, mir auch das Vertrauen derjenigen Abgeordneten zu erarbeiten, die bei der Wahl nicht für mich gestimmt haben.

Ihre verstorbene Vorgängerin hat das Amt in besonderer Weise geprägt und große Spuren hinterlassen. Wie gehen Sie damit um?

Ich habe großen Respekt vor der Lebensleistung Sylvia Bretschneiders als Landtagspräsidentin. Sie war, ich bin darauf in meiner ersten Rede unmittelbar nach meiner Wahl eingegangen, über 16 Jahre das Gesicht unseres Parlamentes. Ihr Werben und zuweilen auch Streiten für die Werte der parlamentarischen Demokratie werden mit ihrem Namen verbunden bleiben. Ich möchte verschiedene von Sylvia Bretschneider angestoßene Projekte wie die Unterstützung der Welterbe-Bewerbung des Schweriner Residenzensembles und das Engagement des Landtages innerhalb des landesweiten und überparteilichen

Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ fortführen, werde aber sicher auch eigene Akzente setzen.

In Ihrer Antrittsrede sagten Sie, dass politische Entscheidungsprozesse transparent dargelegt werden sollten, um die Werte und die Bedeutung der parlamentarischen Demokratie verständlich zu machen. Was stellen Sie sich da genau vor?

Ein wesentlicher Schlüssel liegt aus meiner Sicht in der parlamentarischen Bildung. Hier möchte ich eine größere Breitenwirkung erreichen. Noch mehr Menschen aller Altersgruppen, vor allem aber Jugendliche und junge Erwachsene, sollen bei Besuchen im Parlament unmittelbar erleben, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Auch sind wir gut beraten, denjenigen, die mit uns ins Gespräch kommen möchten, zuzuhören und Anregungen ggf. aufzugreifen. Das gilt für Kontakte während des Projektes „Jugend fragt nach“, beim Altenparlament oder wie vor wenigen Tagen beim Tag der offenen Tür des Landtages. Die Menschen interessieren sich für politische Entscheidungen. Ich bin deshalb zutiefst davon überzeugt, dass der Landtag immer auch Spiegelbild der Gesellschaft sein sollte. Das bezieht sich auf die Zusammensetzung des Parlamentes wie auf das, was im Landtag inhaltlich geschieht und diskutiert wird – nicht nur unter Politikerinnen und Politikern. Auch außerhalb des Plenarsaales

möchte ich den Landtag sichtbarer machen, zu den Menschen gehen und über das Geschehen im Landtag informieren. Damit es nicht heißt: „die da in Schwerin sind weit weg und entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg“. Es ist wichtig, Begegnungsmöglichkeiten zwischen dem Parlament und den Menschen zu schaffen, besonders im ländlich geprägten Raum.

Unmittelbar nach Ihrer Wahl haben Sie die Sitzungen des Landtages im Wechsel mit den beiden Vizepräsidentinnen geleitet. Wie reagiert die Präsidentin Birgit Hesse, sollten während einer Parlamentsdebatte die Wogen mal höher schlagen?

Lebhafte Debatten sind das Salz in der Suppe des Parlamentsgeschehens. Eigene Positionen deutlich zu formulieren, sich von anderen Auffassungen abzugrenzen und auch mal etwas lauter zu sein – all das darf sein und gehört zum demokratischen Meinungsstreit. Eine Grenze ist erreicht, wenn die Abgeordneten aufgrund von Unruhe im Saal einander nicht mehr folgen können oder im Eifer der Debatte gar Begriffe fallen, die nicht in ein Parlament gehören. In solchen Fällen muss und werde ich entlang unserer Geschäftsordnung ohne Ansehen der Person oder Fraktionszugehörigkeit überparteilich dafür sorgen, dass die Würde des Hauses gewahrt bleibt. Da ich dem Sport sehr verbunden bin, sage ich aus Überzeugung:

Hart darf es durchaus mal zugehen, aber fair muss es bleiben. Während der ersten von mir geleiteten Debatten verlief jedoch alles vergleichsweise ruhig.

Gibt es etwas, das Sie sich von den Abgeordneten sowie den Menschen im Land wünschen?

Weder die Abgeordneten noch die Bürgerinnen und Bürger brauchen Ratschläge von mir. Mir liegt daran, mit den einen wie den anderen vor allem immer wieder gute Gespräche zu führen. Als Landtagspräsidentin möchte ich für die Menschen in unserem Bundesland Ansprechpartnerin sein und das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie, in den Landtag und die Arbeit der Abgeordneten stärken. Sehr gefreut habe ich mich deshalb über die bei den jüngsten Wahlen gestiegene Wahlbeteiligung. Hier würde ich mir wünschen, dass dies so bleibt oder gern auch noch weiter ansteigt.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse ...

... wurde 1975 in Elmshorn geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten in Kiel und Amsterdam legte sie 1999 die Erste und nach dem Referendariat am Oberlandesgericht Celle 2001 die Zweite juristische Staatsprüfung ab. 2002 trat sie in den Dienst der Landespolizei M-V ein. Daneben studierte Birgit Hesse von 2002 bis 2004 an der Polizei-Führungsakademie in Münster und war von 2003 bis 2004 Leiterin des Polizeireviers Wismar. Im Anschluss war sie bis 2005 als Referentin in einer Landesbehörde tätig. 2005 wurde sie Beigeordnete des Landkreises Nordwestmecklenburg. 2007 trat Birgit Hesse in die SPD ein. Bei der Landratswahl des Landkreises Nordwestmecklenburg 2008 setzte sie sich mit 65,0 % Prozent der Stimmen durch. Die nach dem Zusammenschluss des

Landkreises Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar im Zuge der Kreisgebietsreform erforderliche Neuwahl im Jahr 2011 bestätigte sie mit 76,0 % der Stimmen im Amt. Am 14. Januar 2014 wurde Birgit Hesse Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales im Kabinett von Ministerpräsident Erwin Sellering. Nach der Landtagswahl 2016 trat sie erneut in die Regierung ein - als Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Dem Landtag M-V gehört Birgit Hesse seit dem 4. Oktober 2016 an. Bei der Landtagswahl im Monat zuvor errang sie das Direktmandat im Wahlkreis 27 - Nordwestmecklenburg I. Am 22. Mai 2019 wählte das Parlament sie zur Nachfolgerin der verstorbenen Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Birgit Hesse ist verheiratet und hat ein Kind.

Neue Minister: Bettina Martin und Reinhard Meyer vereidigt

Landtagspräsidentin Birgit Hesse hat am 22. Mai zwei neue Minister vereidigt

■ Die bisherige Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes M-V beim Bund, Bettina Martin, ist jetzt Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Sie folgt Birgit Hesse, die neue Landtagspräsidentin ist. Der bisherige Staatskanzleichef Reinhard Meyer ist jetzt Finanzminister. Er folgt Mathias Brodkorb nach, der sein Amt Ende April abgegeben hatte. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte vor der Vereidigung durch die Landtagspräsidentin Bettina Martin und Reinhard Meyer in der Staatskanzlei als neue Ministerin bzw. als neuen Minister ernannt.

Bettina Martin

2017-2019: Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund

2013-2017: Leiterin des Leitungsstabs und Leiterin des Büros der Ministerin

im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2009-2013: Leiterin des Büros der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig beim SPD-Parteivorstand

2006-2009: Referentin für Bildungs- und Jugendpolitik beim SPD-Parteivorstand

2000-2006: Pressereferentin beim SPD-Parteivorstand



Foto: Landtag M-V

Reinhard Meyer

2018- 2019: Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

2012-2017: Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein

2006-2012: Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern

2001-2005: Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern

2001: Leiter der Abteilung Bundes- und Länderangelegenheiten, Norddeutsche Zusammenarbeit sowie Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik im Planungstab der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg



Thomas Krüger (SPD)



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Bert Obereiner (AfD)

Wie bleibt Wohnen in M-V bezahlbar?

Landtag debattiert über Strategien gegen zu hohe Mieten

■ **Bezahlbaren Wohnraum zu finden – das ist ein Problem, vor dem nicht nur Menschen in Metropolen wie Hamburg, Berlin oder München stehen. Auch in M-V ist Wohnraum knapp und teuer geworden. Besonders betroffen sind davon Städte und Urlaubsorte. Die Gefahr zunehmender Mietpreise hat bereits bundesweit zu Protesten und Demonstrationen geführt. In Berlin gibt es ein Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Landtag in der Aktuellen Stunde über die Situation in M-V debattiert. Unter der Überschrift "Bezahlbare Miete statt hoher Rendite - Gutes und bezahlbares Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern" diskutierten die Abgeordneten über staatliche Verantwortung, Wohnraumfonds, Wohnbauförderung und Wiener Verhältnisse.**

„Wenn Sie die Nachrichten der letzten Monate verfolgt haben, werden Sie festgestellt haben, dass das Thema ‚Wohnen‘ sehr aktuell ist“, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Krüger**. In M-V seien vor allem Hochschulstandorte, größere Städte und Tourismusregionen von hohen Mieten und knappem Wohnraum betroffen. Er kritisierte, dass zum Teil auch kommunale Wohnungsunternehmen auf Rendite getrimmt seien. „Hier gilt es, gegenzusteuern und Entwicklungen einzuleiten, die in Richtung Allgemeinwohl gehen.“ An oberster Stelle stehe, den kommunalen Wohnungsbestand auszuweiten. Damit Grund und Boden der Spekulation entzogen werden, brachte er einen gemeinnützigen Wohnraumfonds ins Gespräch, über den Land und Kommunen in Kooperation Bauland erwerben und in Erbpacht vergeben. „Mit einem solchen Fonds kann zielgerichtet, ausgewogen und demokratisch über neue Wohngebiete entschieden werden.“ Die Wohnbauförderung sollte zudem nicht mehr auf Zuschüsse, sondern zinsgüns-

tige Darlehen ausgerichtet werden. „Das zurückfließende Geld kann dann für neue Darlehen und den Wohnraumfonds vergeben werden.“ Auch die bisherige Sozialbindung für Wohnungen, deren Bau vom Land gefördert wurde, gehöre auf den Prüfstand. Wenn die Allgemeinheit hier Geld gegeben habe, müsse es möglich sein, Vermieter länger als die bisherigen 15 Jahre an günstige Mieten zu binden. Er warb ferner darum, wieder gemeinnützige Wohnungsgesellschaften einzuführen. „Was in Wien möglich ist, das muss auch in M-V möglich sein.“

Nach Ansicht von Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** dürfe Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge nicht mehr allein den Marktgesetzen überlassen werden. „Wir brauchen einen Paradigmenwechsel.“ Sie betonte, dass das Kabinett im Mai die Initiative „Gutes Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern“ gestartet habe. Mit drei Schwerpunkten: mehr Wohnungen, mehr staatliche Verantwortung, weniger soziale Spaltung. Laut

einer Prognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung brauche M-V in den nächsten zehn Jahren 30.000 neue Wohnungen. „Es geht darum, diese so zu bauen, dass sie bezahlbar bleiben, insbesondere für kleine und mittlere Einkommen.“ Ziel der Landesregierung sei eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Die Voraussetzungen dafür seien gut, da sich viele Wohnungsbestände nach wie vor in kommunaler Hand befänden. Um deren Investitionskraft zu erhöhen, mache sich das Land beim Bund für eine stärkere Entlastung von Altschulden stark – und gehe dabei selbst mit gutem Beispiel voran: „Ich bin dem Innenminister ausdrücklich dankbar, dass wir im Rahmen des FAG (Finanzausgleichsgesetz) auch ein entsprechendes Altschuldenprogramm vorsehen.“ Ein großes Sorgenkind bleibe die soziale Segregation [Anm. Redaktion: räumliche Trennung sozialer Gruppen]. Mancherorts lebten ganze Stadtteile größtenteils von Sozialleistungen. Hier seien Land und Kommunen gefragt, gute Lösungen für besser durchmischte Verhältnisse zu finden. Dazu sollen nun Modellregionen gebildet werden.

„Bezahlbare Miete statt hoher Rendite – das hört sich gut an, ist aber natürlich ein bisschen euphemistisch“, entgegnete **Bert Obereiner** (AfD). Wohnungsunternehmen müssten sehr wohl gewisse Renditen erwirtschaften, um laufende Kosten und Investitionen zu decken. „Ansonsten können sie nicht funktionieren.“ Ursache für die steigenden Mietpreise sei die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Wer auf dem normalen Kapitalmarkt keine Rendite mehr erwirtschaften könne, weiche auf Sachwerte aus. „Für Sachwertbesitzer ist das sehr attraktiv. Die Mieter trifft das sehr hart.“ Erbpachtregelungen, längere Bindungsfristen für Mietpreise und



Sebastian Ehlers (CDU)



Eva-Maria Kröger (DIE LINKE)



Bernhard Wildt (Freie Wähler/BMV)

Fotos: Uwe Sinnecker

mehr Altschulden-Engagement durch den Bund erachte auch er für sinnvoll. Weniger geeignet sei dagegen, Wien als Vorbild anzuführen. „Dort werden jedes Jahr 600 Millionen Euro in den kommunalen Wohnungsbestand investiert. Bei uns sind es staatlicherseits gerade einmal 20 Millionen.“ Er sprach sich dafür aus, die Eigentumsbildung in Form von Eigenheimen und Eigentumswohnungen zu stärken und auf diesem Weg gegebenenfalls auch kommunale Wohnungen an Mieter zu verkaufen. Wohnungsunternehmen zu enteignen, davon halte er nichts. Wer – wie Berlin – jahrelang kommunalen Wohnungsbestand privatisiert habe, dürfe jetzt nicht die Enteignungskeule schwingen. „Wo bleibt da der Investorenschutz?“

Sebastian Ehlers (CDU) bezweifelte ebenfalls, dass das Wiener Modell für M-V gut wäre: Da der Wohnraum ohne Bedürftigkeitsprüfung auf Angehörige übertragen werden könne, wohnten auch gut situierte Wiener in Sozialwohnungen. „Am Ende ist die Gleichung ganz einfach: Wenn es zu wenige Wohnungen gibt, dann müssen neue gebaut werden. Wenn das nicht passiert, dann muss man die Anreize dafür erhöhen.“ Zum Beispiel durch steuerliche Förderung. Und weniger Regulierung. Ohne private Investoren werde es aber auch künftig nicht gehen. „Nicht alles können wir als Staat leisten.“ Zur Wahrheit gehöre auch, dass die niedrigen Zinsen politisch gewollt seien. Deswegen investierten viele Anleger nun in Immobilien. „Jeder, der fleißig ist, Geld verdient und spart, will selbstverständlich auch, dass sein Gespartes am Ende des Tages wächst.“ Wer über Enteignungen schwadroniere, treffe nicht nur diejenigen, die viel Geld haben, sondern auch diejenigen, die sich eine Immobilie als Altersvorsorge hart erarbeitet hätten.

Er erinnerte zudem daran, dass klamme Kommunen oft aus finanziellem Druck heraus Objekte verkauft hätten. Wichtig sei ihm auch, nicht nur über Sozialwohnungen zu reden. „Die hart arbeitende Mehrheit“, die nicht von Sozialwohnungen profitiere, dürfe ebenfalls nicht aus dem Blick geraten. Die Landesregierung habe gute Vorschläge dazu vorgelegt, die nun noch im Detail diskutiert werden müssten.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) warf der SPD vor, jetzt all das einzufordern, was sie zuvor immer wieder abgelehnt habe. „Ich will mal so darauf reagieren: In einer Beziehung würde Frau jetzt sagen: Schatz, ich habe es dir ja gleich gesagt. Warum hörst du nicht auf mich?“ Ob soziale Wohnraumförderung, Altenschuldenlasten oder gemeinnütziges Wohnungswesen – ihre Fraktion trage die jetzt gepredigten Einsichten der Sozialdemokraten seit Langem vor sich her, sei damit aber immer wieder abgeprallt. „Den Paradigmenwechsel hätten Sie längst haben können.“ Auch wenn steigende Materialkosten, höhere Gehälter, Vorgaben zur Barrierefreiheit und Energieeinsparung zu höheren Baukosten führten, seien hohe Mieten meistens „eine Folge von Spekulationen, Luxussanierungen und Renditegier“. Die Mietpreisbremse werde hier kaum etwas ausrichten können. Mietkosten seien inzwischen eine soziale Frage. „Wir haben schon Bewerbungsmappen für Wohnraum gesehen, die eher den Anschein erweckten, man würde sich um einen Job bemühen.“ Die unweigerliche Folge: „Eine soziale Spaltung, die sich längst an Postleitzahlen festmachen lässt.“ An dieser Stelle sei die Politik gefragt. Mit kluger Bildungspolitik, Rekommunalisierungen, sozialen Angeboten und einer guten Stadtentwicklung. „Dafür brauchen Kommunen Luft und

finanzielle Spielräume, die das Land ihnen ermöglichen kann.“

Die SPD habe zweifelsfrei ein wichtiges Thema aufgegriffen, erwecke aber schon in der Überschrift einen falschen Eindruck, erklärte Fraktionschef der Freien Wähler/BMV, **Bernhard Wildt**. „Sie tun so, als gäbe es ein Problem, das ausschließlich darin besteht, dass wir auf der einen Seite Mieter haben und auf der anderen gierige Vermieter, die die Rendite nach oben treiben. Das ist nicht der Fall.“ Die Probleme müssten viel differenzierter betrachtet werden. Zum Beispiel mit einem Blick auf die Baukosten, die in den vergangenen zehn Jahren stärker gestiegen seien als Einkommen. Wer einen Neubau miete, müsse automatisch mehr Geld vom Einkommen für Miete ausgeben. „Das ist reine Mathematik und lässt sich auch nicht mit einem Federstrich verändern.“ Seit die SPD in Bund und Land an der Regierung beteiligt sei, habe der Verkauf kommunaler Wohnungsbestände stark zugenommen. „Da finde ich es schon erstaunlich, wie rasch Sie sich diesen Staub von der Jacke schütteln und sagen, jetzt müssen wir endlich umsteuern.“ Mehr Wohnungen zu bauen, werde bei hohen Baukosten keinen preiswerteren Wohnraum schaffen. Er warb darum, die steuerfreien Spekulationsgewinne abzuschaffen und eine Grunderwerbssteuer für sogenannte Share Deals einzuführen. „Sie können keiner Krankenschwester erklären, warum sie Grunderwerbssteuer zahlen muss, aber die Fonds teilweise aus dem Ausland eben nicht.“

Den vollständigen Wortlaut der Aktuellen Stunde können Sie auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) nachlesen oder auf dem YouTube-Kanal: Landtag M-V Plenardebatten nachhören.

Eine Hotline für barrierefreies Reisen

Bahn strukturiert ihren Mobilitätsservice um / Landtag fordert bundesweit einheitliche Anlaufstelle

■ 01805/5512512. Unter dieser Servicenummer unterstützt die Deutsche Bahn hilfebedürftige Menschen seit langem dabei, barrierefrei mit dem Zug zu reisen. Ein bundesweites Angebot, das bisher auch Fahrten mit Privatbahnen einschloss und im vergangenen Jahr insgesamt 850.000-mal in Anspruch genommen wurde. Seit Februar verlangt der Bahnkonzern von seinen Mitbewerbern, sich an den Kosten für diesen Service zu beteiligen. Einige haben dieser Kooperation zugestimmt, andere nicht. Für deren Kunden gilt im Moment eine Übergangsregelung. Mit einem interfraktionellen Antrag drängen SPD, CDU, DIE LINKE und Freie Wähler/BMV auf Klarheit, dass dieser Mobilitätsservice weiterhin allen, die auf ihn angewiesen sind, zur Verfügung steht – notfalls auch über eine gesetzliche Regelung.

Es freue ihn, dass interfraktionell eine Angelegenheit beraten werde, die viele Menschen nicht nur in M-V, sondern in der gesamten Bundesrepublik beschäftigen würde, sagte **Jochen Schulte** (SPD). „Nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern insgesamt alle Teile der Bevölkerung, die auf einen barrierefreien Zugang zum Bahnverkehr angewiesen sind.“ Den Kampf um höhere Gewinne oder niedrigere Kosten auf dem Rücken von Schwächeren auszutragen, sei ein Unding. „Es kann nicht sein, dass Bahnunternehmen, die zu einem großen Teil auch immer wieder öffentliche Gelder in Anspruch nehmen, am Ende des Tages bei Menschen sparen, die auf diese Unterstützungsleistung angewiesen sind.“ In dieser Frage herrsche nach einer Anhörung verschiedener Verkehrsunternehmen fraktionsübergreifend Einigkeit. Übergangsregelungen könnten



Foto: Jens Büttner

Auch die Bahnhofsmission bietet mobilitätseingeschränkten Bahnreisenden Hilfestellungen an.

keine Lösung sein. „Die Menschen müssen auf Dauer Gewissheit haben.“ Im Zweifel über eine gesetzliche Regelung. „Deswegen bedarf es dieses Antrags.“

„In mir finden Sie einen bedingungslosen Unterstützer“, betonte Verkehrsminister **Christian Pegel**. Wer in seiner Mobilität eingeschränkt sei, dem sei nicht zuzumuten, für eine barrierefreie Reise zwei oder drei Rufnummern anzurufen. Ziel müsse ein Ansprechpartner bleiben, der die gesamte Reisekette organisiere. Auf sein Wirken hin, habe sich die Verkehrsministerkonferenz in ihrer April-Sitzung bereits mit dem Thema befasst. Er zeigte sich zuversichtlich, dass der politische Druck seine Wirkung nicht verfehlen und zu einer einvernehmlichen Lösung unter den Bahnunternehmen führen werde. „Sofern sich kein Ergebnis einstellen sollte, werden wir gern auf eine Bundesratsinitiative hinarbeiten.“

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) beklagte, dass seine Fraktion in den Antrag

nicht mit einbezogen worden sei. Das sei im Sozialausschuss anders beabsichtigt gewesen. „Jetzt kommt der Antrag an uns vorbei hier auf die Tagesordnung.“ Das sei inakzeptabel. „Mehr als 20 Prozent haben die AfD gewählt. Akzeptieren Sie das endlich!“ Die Anhörung im Ausschuss habe deutlich gemacht, dass die Bahn gesetzlich dazu verpflichtet sei, Menschen mit Behinderungen eine barrierefreie Reise zu ermöglichen. „Wir tragen den Antrag daher mit.“ Dass die Politik jedoch erst Druck aufbauen müsse, damit ein Unternehmen gesetzliche Vorgaben einhalte, sei bedenklich.

Sie könne verstehen, dass die Bahn angesichts gestiegener Hilfeleistungen ihre Mitbewerber bittet, sich an den Kosten für den Mobilitätsservice zu beteiligen, sagte **Maika Friemann-Jennert** (CDU). Dass einige Privatbahnen dies ablehnen und sich damit einem einheitlichen Service verweigern, sei nicht nachvollziehbar. Diese Dienstleistungen stattdessen in Eigenregie anzubieten, helfe Reisenden nicht weiter: Oft sei gar

Mobilitätsservice

Die Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) der Deutschen Bahn AG wurde 2001 ins Leben gerufen. Über diesen Service können Menschen, die beispielsweise auf einen Rollstuhl angewiesen, blind oder sehbehindert sind, Hilfe für ihre Bahnreise anfordern – unabhängig davon, ob sie mit einem Zug der Deutschen Bahn oder eines privaten Unternehmens fahren. Die zentrale

Servicestelle kümmert sich, dass ihnen beim Ein-, Aus- oder Umsteigen geholfen wird. Im vergangenen Jahr nahmen 815.000 Reisenden mit Mobilitätseinschränkungen diese in Anspruch. Zum Vergleich: 2015 waren es laut Bahn 564.000 Hilfeleistungen. Weitere Informationen zum Mobilitätsservice gibt es unter: www.bahn.de Stichwort: Barrierefreies Reisen.

nicht erkennbar, welches Unternehmen auf welchem Streckenabschnitt um Hilfe gebeten werden müsse. „Dieses Dilemma muss aufgelöst werden.“ Die Bahn hoffe auf eine Einigung bis Jahresende, habe ihr aber auch signalisiert, dass bislang wenig Bewegung in die Sache gekommen sei.

„Dass der Streit ausgerechnet die Menschen trifft, die zwingend auf Unterstützung angewiesen sind, ist ein Skandal“, befand **Torsten Koplín** (DIE LINKE). „Dieser Service ist vielleicht vielfach Voraussetzung, dass sie die Reise überhaupt antreten können.“ In Sachen barrierefreie Mobilitätsstrukturen stehe das Land noch ziemlich am Anfang. Dabei sei das in Anhörungen und in der Enquetekommission „Älter werden in M-V“ immer wieder Thema gewesen. Und es gehe keineswegs nur um Menschen mit Behinderungen. Auch ältere Personen und Familien mit kleinen Kindern seien betroffen. Er begrüßte, dass die Deutsche Bahn den kurzzeitig bereits eingestellten Mobilitätsservice für Privatbahnen wieder aufgenommen habe. Eine 90-prozentige Abdeckung könne aber niemanden zufriedenstellen. „Das zeigt, wie dringend notwendig unser Handeln ist.“

Ein einheitlicher Ansprechpartner komme nicht nur hilfebedürftigen Menschen zugute, sondern auch der Bahn, die ihre Unterstützung so viel besser planen könne, argumentierte **Christel Weißig** (Freie Wähler/BMV). „Die einheitliche Servicehotline sollte aber nicht das Ende vom Lied sein.“ Sie regte an, im Zuge der Digitalisierung einen Schritt weiterzugehen und Bahnunternehmen über eine gemeinsame Schnittstelle zu vernetzen. So könnten Reisende bereits beim Ticketkauf ihren Hilfsbedarf angeben und diese Informationen automatisch an das jeweilige Zugpersonal weitergeleitet werden.

Für den Fall, dass sich die Bahnanbieter nicht darauf einigen können, den Mobilitätsservice weiterhin flächendeckend aus einer Hand anzubieten, sprach sich der Landtag einstimmig für eine entsprechende Bundesratsinitiative aus.

*Antrag SPD, CDU, DIE LINKE,
Freie Wähler/BMV
Drucksache 7/3609*

70 Jahre Grundgesetz

■ **Landtagspräsidentin Birgit Hesse würdigte zu Beginn der 65. Landtags-sitzung am 23. Mai das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. 70 Jahre zuvor – am 23. Mai 1949 – trat die Verfassung in Kraft. Seit fast 30 Jahren gilt sie für das vereinte Deutschland. Das Grundgesetz bildet den Kern der staatlichen Grundordnung und definiert die Grundrechte eines jeden Menschen.**

Birgit Hesse betonte, dass das Grundgesetz das Gemeinwesen in der Bundesrepublik Deutschland ordne, den Menschen umfassende Rechte verleihe und der Ausübung der staatlichen Macht stabile Grenzen setze. Dennoch seien die Grundrechte Grenzen und Schranken unterworfen, die man kennen müsse. „So hat jeder das Recht, seine Meinung frei zu äußern“ zitierte die Landtagspräsidentin sinngemäß den Artikel 5 des Grundgesetzes (GG). „Aber dieses Recht der freien Meinungsäußerung hat auch seine Grenzen“, sagte Birgit Hesse weiter. „Nicht alles ist von Artikel 5 GG geschützt. Meinungsfreiheit heißt nämlich nicht, das Recht zu haben, andere zu beleidigen, zu verleumden oder zu diffamieren. Das stellt nämlich die Verletzung der Würde anderer dar.“

Birgit Hesse verwies auf die besondere Bedeutung zweier Artikel. Artikel 1 Absatz 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und Artikel 20, der – so Hesse – „die Strukturprinzipien als demokratischer und sozialer Bundesstaat, die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative sowie die Bindung des Staates an Recht und Gesetz beschreibt.“

Zudem verwies sie auf das Gleichheitsrecht des Artikel 3 GG, wonach Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Die Würde des Menschen und die Gleichheit aller Menschen seien die höchsten

zu schützenden Güter. Birgit Hesse: „Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben klug und weitsichtig agiert, klare Formulierungen geschaffen und gleichzeitig Mechanismen gefunden, die Werte und die Ordnung der Verfassung zu schützen.“

Die Landtagspräsidentin hob zudem Artikel 19 Absatz 4 Satz 1 des Grundgesetzes hervor. Dort ist die sogenannte „Rechtsweggarantie“ geregelt. „Diese Vorschrift ist von grundlegender Bedeutung für das Rechtsstaatsprinzip, da hierdurch gewährleistet wird, dass der gerichtliche Rechtsschutz bei der Verletzung von subjektiven Rechten des Einzelnen durch die öffentliche Gewalt garantiert wird.“ Als Beispiele nannte Birgit Hesse Bescheide von Behörden im Bereich des Allgemeinen Verwaltungsrechts, gegen die sich die Bürgerinnen und Bürger zur Wehr setzen können, wenn sie der Auffassung sind, dass sie hierdurch in ihren Rechten verletzt sind.

Jetzt – 70 Jahre nach dem Inkrafttreten – stünde das Grundgesetz jedoch vor neuen Herausforderungen. „Reichen die Instrumente des Grundgesetzes aus, um Antworten auch auf Fragen zu finden, die sich im Zusammenhang mit der Digitalisierung stellen? Facebook, Instagram oder Twitter sind immer häufiger die Plattformen des öffentlichen und privaten Lebens.“ Algorithmen-gesteuerte Social Bots nähmen Einfluss auf den politischen Diskurs. Hier sei das Bundesverfassungsgericht gefordert, passende Antworten zu finden.

Abschließend wies Birgit Hesse auf das 25-jährige Jubiläum der Landesverfassung von M-V hin, das im November gewürdigt werden soll. „Heute vor 26 Jahren trat die Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommerns vorläufig und nach einem Volksentscheid am 15. November 1994 endgültig in Kraft. Als Landesparlament scheint es mir geboten, auch darauf hinzuweisen.“

Impfpflicht gegen Masern?

Gesetzentwurf des Bundes beschäftigt Landtag / Mehrheit der Abgeordneten spricht sich dafür aus

■ Impfungen gegen Masern sollen für Kinder zur Pflicht werden. Der Gesetzentwurf von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat bundesweit die Diskussionen um einen Impfpflicht neu entfacht – und auf Initiative der CDU-Fraktion auch im Landtag zu einer Aussprache geführt. Die Mehrheit der Redner sprach sich darin für eine Impfpflicht aus.

Mit einer Impfquote von 95 Prozent stehe M-V unter Schulanfängern zwar mit Brandenburg bundesweit an der Spitze. „Wir leben aber nicht in abgeschotteten Räumen“, verteidigte **Sebastian Ehlers** (CDU) die Pläne des Bundes. Gerade für ein Tourismusland wie M-V sei ein bundesweiter Impfschutz von großer Bedeutung. „Deswegen ist es gut, dass wir die Diskussion jetzt wieder führen.“ Er begrüßte, dass einige Träger ihre Kita-Plätze schon jetzt nur an geimpfte Kinder vergeben. „Ich würde mir wünschen, dass das generell die Voraussetzung für einen Kita-Platz wäre, damit wir am Ende alle Kinder schützen und auch die letzten Impfmuffel aus der Ecke herausholen.“ Jens Spahn habe „gute und vernünftige Ansatzpunkte“ auf den Tisch gelegt. Be-



Foto: Jens Büttner

Alle Impfungen werden im sogenannten Impfpass dokumentiert.

denken, wonach eine Impfpflicht nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei, teilte Ehlers nicht. Das Infektionsschutzgesetz ermögliche ausdrücklich Ausnahmen.

„Impfen rettet Leben“, bekräftigte auch Gesundheitsminister **Harry Glawe**. Er appellierte an die Vernunft der Eltern, Masern nicht zu verharmlosen, sondern sich möglicher Komplikationen wie Gehirnhautentzündungen bewusst zu sein. „Dieses Schicksal ist in der Regel nicht heilbar.“ Das sollte jeder Impfgegner wissen. Die Erfindung des Impfstoffs im Jahre 1970 habe die Krankheit zwar weltweit zurückgedrängt. Nichtsdestotrotz müsse aber immer wieder darüber informiert werden, wie wichtig Masernimpfungen für die Prävention seien. Die Impfkampagne des Landes leiste hierbei gute Arbeit. Einen verträglichen Impfstoff zu haben, nütze nur wenig,

wenn damit kein Kollektivschutz aufgebaut werde. M-V stehe diesbezüglich gut da. „Wir hatten in den letzten 19 Jahren nur 49 Erkrankungsfälle.“ Deutschlandweit seien es in diesem Jahr allerdings bereits 300. Auch das spreche für eine bundesweite Impfpflicht. Bis dahin sollte das Land eigene Maßnahmen ergreifen – beispielsweise im Kindertagesförderungsgesetz eine Impfpflicht für Kita-Kinder verankern, so Glawe.

„Die jetzigen Masernargumentationen sind völlig aus der Luft gegriffen“, entgegnete **Dr. Gunter Jess** (AfD). „Die Inzidenz von Masern in M-V ist dermaßen gering, dass eine Impfpflicht in diesem Bereich völlig obsolet ist.“ Seine Fraktion setze auf die Vernunft und Eigenverantwortung der Bürger. „Wichtiger als ein genereller Impfpflicht sind eine umfassende Information der Bevölkerung über eine gesunde Lebensführung, Hygienestrategien und den Nutzen und die eher geringen Risiken der Impfung.“ Dazu sollte sich der Staat auch um einen leichten Zugang zu Impfungen an Schulen und Arbeitsplätzen kümmern

Masern

Masern sind eine hochansteckende, fieberhafte Virus-Erkrankung, die zu langwierigen Verläufen und in seltenen Fällen auch zu schweren Komplikationen wie Hirnhautentzündungen führen kann. Dem Robert Koch-Institut wurden für 2018 insgesamt 543 Masernerkrankungen übermittelt, im laufenden Jahr sind es bereits mehr als 300 Fälle. Mehr als die Hälfte der Masernfälle in Deutschland betreffen nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums Jugendliche über 10 Jahre und Erwachsene.

Die Masernimpfung wurde in den 1970er-Jahren eingeführt (DDR: 1970, BRD: 1973). Seit 2001 sind Masern eine meldepflichtige Krankheit. Um die Verbreitung von Masern zu verhindern, müssten laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung langfristig 95 Prozent der Bevölkerung dagegen geimpft sein. Es gibt aber auch Menschen, die nicht geimpft werden können. Säuglinge zum Beispiel, und Menschen mit chronischen Krankheiten oder einem geschwächten Immunsystem.



und seine Stellen im öffentlichen Gesundheitsdienst ausreichend besetzen. Das deutsche Infektionsschutzgesetz bilde auch ohne Impfpflicht eine gute Grundlage der Gesundheitsvorsorge.

Mit Information und Freiwilligkeit komme man nicht weiter, erwiderte **Jörg Heydorn** (SPD). „Das haben wir ja über Jahre versucht.“ Ohne den gewünschten Erfolg. Die Zahl der Masernerkrankungen nehme zu. Dem müsse entgegengetreten werden. Das erfordere einen Abwägungsprozess – an dessen Ende der Gesundheitsschutz Vorrang vor den persönlichen Rechten Einzelner haben müsse. Folgerichtig tue sich mit dem Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Jens Spahn nun auf Bundesebene etwas. Warum die CDU-Fraktion das zum Thema im Landtag gemacht habe, erschließe sich ihm nicht. „Was ist das Ziel dieser Aussprache?“ Zur Einführung einer Impfpflicht herrsche unter den Koalitionspartnern in Berlin doch Einigkeit. „Das kann dann am Ende wirklich nur bedeuten: Schön, dass wir hier mal drüber gesprochen haben.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) sprach sich ebenfalls für eine bundesweite Impfpflicht aus. Die Regelungen jedem Bundesland selbst zu überlassen und damit Insellösungen zu schaffen, würde nicht zu einem umfassenden Herdenschutz führen. Sich impfen zu lassen, sei eine Frage sozialer Verantwortung. „Bei Masern ist jede 10. Erkrankung statistisch gesehen mit Kurz- oder Langzeitwirkungen verbunden.“ Jeder Einzelne trage mit einer Impfung zu seinem eigenen Schutz und dem Schutz der Gesellschaft bei. „Eine Impfpflicht kann aber immer nur Ultima Ratio sein.“ Oberste Priorität sollte Aufklärung haben. Dazu gehöre auch, die Impfkampagne des Landes fortzuführen und gegebenenfalls weiter zu entwickeln. Er appellierte aber auch daran, sich nicht nur auf Masern zu fokussieren, sondern den dringenden Impfeempfehlungen des Robert-Koch-Instituts insgesamt zu folgen. „Wir reden da also über mehr.“

„Wir kommen nicht umhin, uns für einen Impfwang auszusprechen“, erklärte **Christel Weißig** (Freie Wähler/BMV). „Wir reisen heute in Länder, in denen

die Menschen von einer Impfquote nur träumen können und bringen als Ungeimpfte die von vielen unterschätzte Krankheit mit nach Hause.“ Sie erinnerte daran, dass Masern bereits vor Auftreten des Ausschlags hoch ansteckend seien. „Eine ursächliche Therapie gibt es nicht. Antibiotika sind bei Viruserkrankungen wirkungslos.“ In Nord- und Südamerika seien Masern durch Impfungen bereits ausgerottet worden. „Ich appelliere hiermit noch mal eindringlich: Impfen, und nicht schimpfen.“

Gesetzentwurf

Der Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministers sieht vor, dass alle Kinder beim Eintritt in den Kindergarten oder in die Schule gegen Masern geimpft sein müssen. Eltern, die sich dem verweigerten, müssten mit einem Ausschluss aus der Kita und einer Geldstrafe von bis zu 2.500 Euro rechnen. Von der Impfpflicht betroffen wären aber auch Erzieher, Lehrer und medizinisches Personal. Das Gesetz soll noch in diesem Jahr im Bundestag beschlossen werden.

Debatte zu Strategiefonds der Landesregierung

Opposition kämpft vor Gericht und mit Gesetzentwurf um Aufhebung des Sondervermögens

■ Schattenhaushalt, Wahlkreissicherungsfonds, Gutsherrenpolitik – die Opposition hat ihre Kritik am Strategiefonds bekräftigt. Mit einem Gesetzentwurf drängten die Freien Wähler/BMV darauf, die von den Koalitionsfraktionen ins Leben gerufene Errichtung des Sondervermögens wieder außer Kraft zu setzen. DIE LINKE klagt bereits vor dem Landesverfassungsgericht gegen den Strategiefonds. Die Opposition kritisiert den Fonds seit Anbeginn. Sie wirft der Koalition vor, zu wenig Mitsprache bei der Vergabe der Gelder zu haben und sieht den Grundsatz der Haushaltsklarheit verletzt.

Seine Fraktion habe viele Vorschläge gemacht, wie der Fonds gerechter und transparenter gestaltet werden könnte und immer wieder gehofft, SPD und CDU würden sich dem nicht verschließen. „Das ist leider nicht der Fall“, begründete **Bernhard Wildt**, Fraktionschef Freie Wähler/BMV, den Antrag. Abgeordnete, die „freudestrahlend“

in ihren Wahlkreisen Geld verteilen, seien nicht akzeptabel. Die Verteilung öffentlicher Gelder dürfe nicht nach dem Motto „Man muss jönnne könne“ erfolgen, sondern nach klaren Richtlinien. Die Vielzahl an Einzeltöpfen und Sonderprojekten richte ein unübersichtliches Durcheinander an. „Das entspricht definitiv nicht den Grundsätzen

der Haushaltsklarheit“ und hebele die Finanzkontrolle der Opposition aus. Im vergangenen Jahr sei das Geld für die angeblich so dringenden Projekte zudem nur spärlich abgeflossen.

Mit Blick auf die eingereichte Klage lasse sich der Gesetzentwurf nur schwer nachvollziehen, sagte Finanzminister **Reinhard Meyer**. „Wir sollten erst einmal das Gerichtsurteil abwarten, bevor ein Parlamentsbeschluss gefasst wird.“ Er kündigte an, die Landesregierung werde das Urteil akzeptieren, „egal in welche Richtung es geht“. Aus seiner Sicht sei der Strategiefonds ein höchst demokratisches Instrument, das die Budgethoheit des Landes in keinem Fall verletze. „Für mich ist der Finanzausschuss natürlich ein Organ des Landtags. Hier werden die Mittel transparent vergeben.“ Und das keineswegs nur an die immer wieder angeführten Kleinprojekte. „Denken Sie zum Beispiel an den Kofinanzierungsfonds zur Unterstützung der kommunalen Ebene.“ Oder an das Sonderprogramm Schulbau. „Da höre ich dann auch nie, dass das nicht

gewollt ist.“ Was auch ihm dagegen nicht gefalle: der Abruf der Mittel. „Da müssen wir zweifelsfrei besser werden.“ Seine Zusage an das Plenum: „Jeden Vorschlag, um beim Strategiefonds besser zu werden, werden wir in der Landesregierung prüfen, mitnehmen und umsetzen.“

Nach Ansicht der AfD-Fraktion verstoße der Strategiefonds gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. „Da kann der neue Finanzminister hier erzählen, was er will“, so **Dirk Lerche**. Die Auswahl der Projekte werfe für viele Vereine und andere Projekte die Frage auf: „Wieso die und nicht wir?“ Dieses Geld aus dem Globalvolumen gehöre in die Hand der Kommunen und sollte ins Finanzausgleichsgesetz mit einfließen. Verwundert zeigte er sich darüber, dass der Gesetzentwurf von der Fraktion Freie Wähler/BMV stamme, schließlich habe auch sie Anträge zur Verteilung der Mittel gestellt. Seine Vermutung: Wahlkampf. Er verwies darauf, dass sich das Landesverfassungsgericht am 27. Juni mit der Klage der Fraktion DIE LINKE befassen und vermutlich noch im Sommer zu einem Urteil kommen werde. „Sofort nach dem Urteil ist Zeit für Anträge“, führte Lerche weiter aus.

Egbert Liskow (CDU) bezeichnete es ebenfalls als bemerkenswert, dass die Fraktion Freie Wähler/BMV erst selbst Anträge für konkrete Förderprojekte eingereicht habe, jetzt den Strategiefonds aber abschaffen wolle. „Ob es damit zu tun hat, dass in diesem Jahr kein Antrag der Fraktion Freie Wähler/BMV im Finanzausschuss beschlossen worden ist, das überlasse ich Ihnen.“ Die vorgebrachten haushaltsrechtlichen Einwän-

de seien alles andere als überzeugend. Das Entscheidungsrecht liege beim Finanzausschuss als Teil des Parlaments. „Was da hinter der demokratischen Legitimation des Haushaltsgesetzgebers zurückbleiben soll, erschließt sich nicht ansatzweise.“ Der Strategiefonds setze nichts anderes als Artikel 2, Absatz 8 des Haushaltsgesetzes um. Eine Regelung, die es erlaube, Haushaltsüberschüsse, die per se nicht planbar seien, flexibel und ohne Nachtragshaushalt einzusetzen. „Die Menschen, die daraus Geld bekommen haben, sind uns dankbar.“ Er glaube nach wie vor, dass der Strategiefonds ein rechtlich einwandfreies Mittel sei und sehe der Klage gelassen entgegen.

„Die Fraktion Freie Wähler/BMV war lange gutgläubig. Sie glaubte daran, mitspielen zu dürfen und wird nun eines Besseren belehrt“, meinte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). „Die verfassungsrechtlichen Kritikpunkte am Strategiefonds interessieren SPD und CDU einen feuchten Kehrriech.“ Die Koalition verteile die Steuermillionen aus ihrem „Wahlkreissicherungsfonds“ weiter nach Gutdünken und unter Missachtung des parlamentarischen Budgetrechts. „Der Finanzausschuss ist kein Ersatzhaushaltsträger.“ Über die Verwendung von Mehreinnahmen müsse das Plenum entscheiden. Ihre Fraktion sei jedoch zuversichtlich, dass das Gericht dem Treiben der Koalition einen Riegel verschieben werde. Sie warb darum, den Gesetzentwurf in die Ausschüsse zu überweisen und die Kritikpunkte in einer Anhörung noch einmal zu erörtern.

Eine Überweisung? „Das ist Quatsch!“, hielt **Tilo Gundlack** (SPD) mit Blick auf

die eingereichte Klage entgegen. „Warten wir doch erst mal ab, was das Landesverfassungsgericht sagt. Dann können wir immer noch entscheiden, was mit dem Strategiefonds passiert.“ Wenn das Ergebnis der gerichtlichen Bewertung vorliege, werde das auch so umgesetzt. Er warf den Antragstellern vor, die Verfassungsmäßigkeit des Strategiefonds anzuzweifeln, diese Behauptung aber nicht mit Fakten zu untersetzen. „Was wollen Sie damit erreichen? Sie erreichen damit gar nichts.“ Die Fraktion Freie Wähler/BMV sei nun einmal nicht Teil des Strategiefonds geworden, weil sie mit ihren Vorschlägen nicht durchgedrungen sei. „Wenn man keine Mehrheiten für einen Antrag hat, kann man nicht erwarten, dass er durchkommt.“

„Es ist sicherlich richtig, dass ich gutmütig bin“, räumte **Bernhard Wildt** (Freie Wähler/BMV) ein. Ohne konkrete Anträge wäre aber auch nicht herauszufinden gewesen, wie die Koalition beim Strategiefonds tatsächlich mit der Opposition umgehe. „Vor dem Landesverfassungsgericht wird man sicherlich mit Interesse zur Kenntnis nehmen, wie das ganze Verfahren in diesem Jahr weitergelaufen ist.“ Er forderte klare Richtlinien, nach denen alle an das gleiche Geld herankämen. Denken Sie einfach mal in einem Albtraum darüber nach, Sie wären nicht in der Regierung und andere Fraktionen würden genau das gleiche machen, ob Sie das dann auch noch gut finden würden oder nicht.“

SPD und CDU haben die vorgeschlagene Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse abgelehnt. Damit wird er spätestens nach drei Monaten erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Strategiefonds

Der Strategiefonds wurde 2017 auf Initiative der SPD und CDU errichtet. Mit diesem Sondervermögen sollen ländliche Räume und klamme Kommunen unterstützt werden. Das Geld dafür stammt aus den Haushaltsüberschüssen des Landes. Aus dem Jahresüberschuss von 2018 flossen 50 Millionen Euro in den Fonds. Die Hälfte davon als sogenanntes Globalvolumen, aus dem lokale Kleinprojekte mit Leuchtturmcharakter oder landesweiter Wirkung

gefördert werden sollen. Über den Einsatz der Gelder entscheidet der Finanzausschuss, in dem als verkleinertes Abbild des Landtags SPD und CDU die Mehrheit stellen. Die Opposition beklagt, dass sie selbst nur schwer mitreden und die Vergabe der Mittel kontrollieren könne. DIE LINKE klagt deshalb vor dem Landesverfassungsgericht gegen den Strategiefonds. Das Gericht wird sich am 27. Juni, 11 Uhr, in öffentlicher Sitzung mit dem Fall befassen.

Gesetzentwurf Freie Wähler/BMV
Drucksache 7/3601



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de.

Kein Radbeauftragter fürs Land

DIE LINKE fordert mehr Geld und Engagement beim Ausbau des Radverkehrs

■ Das Radwegenetz in M-V ist in der Gunst der Radfahrer gesunken. Das geht aus einer Radreiseanalyse des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) hervor. Unter den beliebtesten Radregionen sortierte sich der Ostseeküsten-Radweg im vergangenen Jahr auf Platz 8 ein. Im Vergleich zu 2017 eine Verschlechterung um zwei Plätze. Dieses Ergebnis erfordert nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE zügiges Handeln. Dazu gehörten unter anderem mehr Geld, einheitliche Wegweiser, Radbeauftragte auf Landes- und regionaler Ebene, Ladestationen für E-Bikes und ein landesweiter Aktionstag. Landesregierung und Koalitionsfraktionen konterten mit bereits bestehenden Bestrebungen, das Angebot zu verbessern, sowie begrenzten finanziellen Spielräumen.

„Den Radverkehr voranzubringen, ihn als gleichberechtigtes Verkehrsmittel zu etablieren, ist eine Mammutaufgabe. Das wissen wir“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Dazu seien zwingend mehr Landesmittel erforderlich. Vor allem aber brauche es politischen Willen. Gerade in ländlichen Räumen habe Radtourismus großes wirtschaftliches Potential. „Noch einmal darf es nicht weiter nach unten gehen bei der Bewertung in der ADFC-Radreiseanalyse.“ Den schlechten Zustand der Radfernwege führte sie in erster Linie auf unterschiedliche Zuständigkeiten zurück. Hier sollte das Land mehr Verantwortung übernehmen. „Warum nicht zum Beispiel mit der Wegweisung anfangen?“ Im Zeitalter digitaler Informationen sollte auch der bestehende Radnetzplaner des Landes weiterentwickelt und anwenderfreundlicher werden. „Das ist arbeitsintensiv, aber unerlässlich im Wettbewerb mit anderen Bundeslän-

dern.“ Sie verwies auf die anstehenden Diskussionen zum Integrierten Landesverkehrsplan im Energieausschuss. „Aus meiner Sicht drängt es sich geradezu auf, den Antrag dort mitzubearbeiten.“

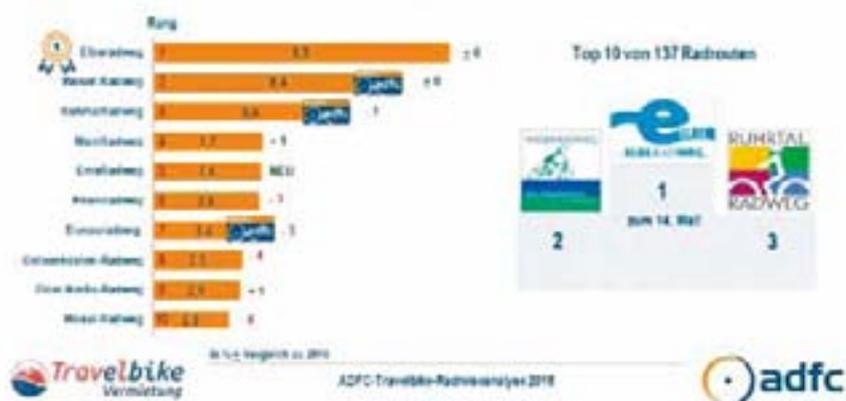
Ein eigenes Fahrradreferat – das lehnte Verkehrsminister **Christian Pegel** ab. „Ich glaube, dass die funktionale Aufteilung, die wir bisher inne haben, ganz sinnvoll ist.“ Bei neu zu bauenden Fernradwegen nehme das Land die Beschilderung bereits in den Blick: Wer Fördermittel in Anspruch nehmen wolle, müsse hier vorgegebene Standards einhalten. „Die Schwierigkeit liegt bei schon errichteten Radwegen.“ Sie einheitlich zu beschildern, würde zwischen 800.000 und 1.000.000 Euro kosten. Geld, für das der Landtag als Haushaltsgesetzgeber in Aktion treten müsste. Einem Aktionstag zur Radwegpflege stehe er grundsätzlich offen gegenüber. „Ob das jetzt aber etwas ist, wo wir als Landesregierung draufspringen – da wäre ich erst einmal verhalten.“ An der Stelle seien eher der ADFC und die Landkreise gefragt. „Wir reden hier ganz überwiegend über kommunale Infrastruktur.“

Sandro Hersel (AfD) empörte sich darüber, dass DIE LINKE „ein Flugblatt des ADFC“ als Antrag präsentiere. „In einem Land, in dem Milch und Honig fließen, könnte ich Ihren Forderungen mehrheitlich zustimmen.“ M-V sei aber kein Schlaraffenland. „Unsere finanziellen Ressourcen sind knapp und müssen effizient genutzt werden.“ Eine Radfahrbehörde mit all ihren Kosten liefe dem zuwider. „Überbordendes Verwaltungshandeln“ würde die Entwicklung des

Radverkehrs auch nicht beschleunigen. Mit ihren vielen Forderungen hefte sich DIE LINKE einen „bürokratischen Sandsack an die Aufhängung“. „Wie Sie das bezahlt haben wollen, bleiben Sie uns wie üblich schuldig.“ Ein „staatlich organisierter Aktionstag“ stieß auch bei ihm nicht auf Anklang. „Der ADFC sollte diesen Tag eigenverantwortlich ausrufen und organisieren. Ich bin mir sicher, dass viele Mecklenburger und Vorpommern sich an solch einem Tag beteiligen würden.“

Von Engagement getragener Aktionismus – so fasste **Dietmar Eifler** (CDU) den Antrag zusammen. Die darin zusammengetragenen Forderungen machten deutlich, wie komplex das Thema sei. Er erkenne jedoch, dass es bereits im Ausschuss auf der Agenda stehe. Dietmar Eifler mahnte, nicht den Eindruck zu erwecken, als gebe es nur eine Zuständigkeit: die des Landes. Dem sei keineswegs so. „Auch die Gemeinden müssten ihren Beitrag leisten, um die Infrastruktur, die mit viel Geld errichtet wurde, zu erhalten. Da sehe ich großen Nachholbedarf bei dem Verständnis innerhalb der Gemeinden.“ Er hoffe aber, dass die mit der Novelle zum Finanzausgleichsgesetz verbundene verbesserte Finanzausstattung der Kommunen auch an dieser Stelle etwas bewirken werde. Ein Aktionstag mache für ihn nur dann Sinn, wenn er keine einmalige Angelegenheit bliebe und auf kommunaler Ebene mit den Gemeinden, Vereinen und Trägern vor Ort ins Leben gerufen werde. Alles andere würde sich öffentlich zwar gut verkaufen lassen, hätte aber keine nachhaltige Wirkung.

Beliebteste Radtouren in Deutschland



Quelle: Radreiseanalyse 2018 ADFC

„Die Grundintention des Antrags, die Fahrradmobilität in M-V zu verbessern, teilen wir. Die Panikmache hinsichtlich des Radverkehrs aber nicht“, erklärte der Abgeordnete **Christian Brade** (SPD). Ja, es bestehe Handlungsbedarf. „Es hilft aber nicht, die Dinge unüberlegt übers Knie zu brechen.“ Natürlich wäre eine einheitliche Beschilderung wünschenswert. „Doch dass das Land auch hier wieder alles übernehmen soll, ist nicht zielführend.“ Nach seinem Dafürhalten sollte das Land für die Vorgaben zur Beschilderung verantwortlich sein, die kommunale Ebene für die Umsetzung. „Das funktioniert auch ohne aufwändige Machbarkeitsstudie.“ Von der Idee, den Radnetzplaner weiterzuentwickeln, hielt er nichts. „Wozu? Es gibt zahlreiche andere Angebote auf dem Markt.“ Den Inhalt des Antrags als eigene Idee zu verkaufen, nannte er „politische Windschattenfahrei“. „Der ADFC sollte aufpassen, dass er als überparteiliche Vertretung der Fahrradlobby nicht für politische Interessen Einzelner missbraucht wird.“

Diese Vorwürfe seien absurd, entgegnete **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Anliegen der Bürger aufzunehmen, gehöre zur Arbeit eines Abgeordneten. „Der ADFC – auch das sind Bürger.“ Die Zuständigkeiten, nein, die vergesse sie nicht, so Schwenke. „Sie ärgern mich ziemlich oft.“ Hier dürfe niemand aus der Verantwortung entlassen werden. Gerade deshalb müsse das Land in dieser Frage koordinieren und moderieren. „Es gibt ja auch noch eine ganze Menge weiterer Probleme, die gar nicht in dem Antrag auftauchen.“ Das spreche doch geradezu dafür, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen, um das Thema, den finanziellen Aufwand und die angekündigten Vorschläge der Koalitionsfraktionen dort zu beraten. Dr. Mignon Schwenke brachte zudem eine Expertenanhörung zum Radwegenetz in M-V ins Gespräch. Das Land für einen Aktionstag mit ins Boot zu holen, halte sie nach wie vor für ein „Signal ins Land“. Vielleicht mit einem Minister als Schirmherr.

Die Fraktion der Freien Wähler/BMW sprach nicht zu dem Antrag. Sowohl der Überweisungsvorschlag als auch der Antrag selbst wurden abgelehnt.

Antrag DIE LINKE
Drucksache 7/3598

Radwege in M-V

Das Radwegenetz in M-V umfasst derzeit 2528 Kilometer. Laut Statistischem Jahrbuch 2018 entfallen davon 934 Kilometer auf Bundesstraßen, 1013 Kilometer auf Landesstraßen und 581 Kilometer auf Kreisstraßen. Der Radnetzplaner des Landes ist seit April 2015 unter www.radnetzplaner.noln-navigator.de online. Er umfasst laut Verkehrsministerium alle für den Radverkehr nutzbaren Straßen und Wege. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) und der Landestourismusverband kritisieren seit Langem den Zustand der Radwege im Land.

Grenzen für Fischer

Sinkende Fangquoten, steigende Bürokratie: Landtag debattiert über Probleme der Küstenfischer

■ Die Küstenfischerei im Land ist nach Ansicht der AfD-Fraktion vom Aussterben bedroht. Fangquoten, Logbuchpflichten und Artenschutzbestimmungen – all das mache kleinen Fischern das Leben schwer und gefährde ein traditionelles Handwerk in seiner Existenz. Sie forderte daher, Fischer, deren Boote kürzer als zehn Meter sind, von der Logbuchpflicht und Fangmengenbegrenzung auszunehmen und auch weiterhin innerhalb der Nationalparkzonen fischen zu lassen. Der Antrag fand keine Mehrheit.

„Wir reden hier nicht über große Fischerflotten, die mit gewaltigen Netzen die Meere durchpflügen. Wir reden von kleinen Kähnen, die in den küstennahen



Foto: Jens Büttner

Küstenfischer holen ihren Fang ein.

Gewässern ihre Stellnetze ausbringen“, argumentierte **Dirk Lerche** (AfD). Ihnen habe die „realitätsferne Politik“ der EU immer mehr Ketten angelegt. „Und so erleben wir heute den Niedergang der Küstenfischerei.“ Von einst 1000 Fischereibetrieben seien inzwischen keine 200 mehr übrig. „Und es ist kaum anzunehmen, dass ein Fünftel der Fischer heute die Fischbestände leer fischt.“ Wenn man sich anschau, wie viel Fisch Kormorane täglich vertilgten, falle die Fangmenge der Fischer kaum noch ins Gewicht. „Die Rückkehr der Kegelrobbe könnte ebenfalls zum Problem werden.“ Ebenso wie

der Ausbau von Offshore-Windparks, deren Stromleitungen durch die Ostsee Lebensräume und Laichgründe zerstörten. Seine Theorie: Die prekäre Situation der Fischer sei von Brüssel so gewollt. „Die massive Verbots- und Interventionspolitik der EU sorgt dafür, dass sie am Tropf der EU-Sanktionen hängen.“

Ohne Europa würde es die heute existierende Fischerei gar nicht mehr geben, konterte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. „50 Prozent des Einkommens in Landwirtschaft und Fischerei kommen aus Transfermitteln aus Deutsch-

land und Europa.“ Quoten zu verhängen habe nichts mit bösem Willen zu tun: Der Klimawandel habe die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verändert. Dass der Kormoran Schuld an dezimierten Fischbeständen sei, „den Beweis müssen Sie mal bitte vorlegen“. Er wisse um die angespannte Situation der Hochsee- und Küstenfischer. Das Land lasse sie damit aber nicht allein, sondern werde auch in diesem Jahr 2,3 Millionen Euro zum Ausgleich quotenbedingter Erlösausfälle bereitstellen. Die Logbuchpflicht abzuschaffen, sei für ihn keine Option. Das würde dem Anspruch einer nachhaltigen Bewirtschaftung zuwiderlaufen. Der genaue Überblick sei wichtig, um aus dem Tal und damit vielleicht auch aus den Quotenzwängen herauszukommen, so Backhaus.

Kleine Häfen, ohne Küstenfischerei – das sei für ihn undenkbar, so **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). Der Antrag der AfD trage aber nicht dazu bei, das zu verhindern. Ein Logbuch führen zu müssen, könne lästig sein. Davon abzusehen, wäre aber schädlich, weil niemand mehr überprüfen könne, wo wirklich befischt werde. Möglicherweise machten technologische Entwicklungen Logbücher ohnehin bald überflüssig. Die Fangmengenbegrenzung für Fischer mit kleinen Fahrzeugen aufzuheben, würde dem einzelnen Fischer vielleicht helfen. „Aber in keinem Fall den Fischen und ihrer Nachwuchsproduktion.“ Die Fischer hätten längst begriffen, dass Veränderungen nötig seien. „Die AfD will aber, dass alles so bleibt wie es ist.“ Dieser „Traum von gestern“ helfe niemandem weiter. Gerade in der Kernzone der Nationalparks sollte nicht mehr gefischt werden, als bisher. Seine Fraktion werde auf keinen Fall dafür stimmen, hier ein Tor aufzumachen. „Wenn es darauf ankommt, sind wir Roten die letzten Grünen.“

Burkhard Lenz (CDU) kreierte der AfD an, sich nur einen Punkt herausgegriffen zu haben. „Wenn wir uns jetzt nicht langsam mal über alle Probleme unterhalten und wirklich versuchen, mit allen Mitteln, die uns vom Land zur Verfügung stehen, unsere Fischer zu retten, dann gibt es in zwei Jahren keine Fischereigenossenschaften mehr.“ Dazu gehöre zwingend auch das Thema Ausbildung. Diese trage den Veränderungen der vergangenen 20

Jahre kaum Rechnung: Kaufmännisches Wissen oder bürokratische Belange kämen darin überhaupt nicht vor. Auch er warnte davor, die Scheuchwirkung von Robben und den Nahrungsbedarf von Kormoranen zu unterschätzen. Jeder Kormoran fresse laut Lenz 500 bis 600 Gramm Fisch am Tag. „Und im Greifswalder Bodden haben wir ungefähr 20.000.“ Interessant fände er es zudem, zu untersuchen, inwiefern die Magnetfelder an den Stromleitungen von Offshore-Anlagen auf das Zugverhalten von Heringen auswirkten. Sein Vorschlag: Parallel zu den EU-Beratungen über die neuen Fangquoten eine Expertenanhörung im Agrarausschuss durchzuführen.

Nach Ansicht von **Ralf Borschke** (Freie Wähler/BMV) greife die AfD mit ihrem Antrag zwar ein wichtiges Thema auf. Die darin formulierten Ansätze würden dem dann aber nicht gerecht. „Das Logbuch ist eine fischerei- und seerechtliche Notwendigkeit.“ Diese Kontrollmöglichkeit in Teilen abzuschaffen, müsste zu einer anderen Form von Dokumentation führen. Fangmengen nicht mehr für jeden zu begrenzen, würde die Fischer nur gegeneinander aufbringen. „Warum sollte der Besitzer eines 10-Meter-Kutters zusehen, wie der 8-Meter-Kutter das Mehrfache fängt?“, wo er doch auch noch höhere Betriebskosten hat?“ Dem Klimawandel für alles die Schuld zu geben, greife zu kurz. „Wer weiß noch, dass in den 1930er-Jahren der Heringsbestand komplett zusammengebrochen war? Da gab es noch keinen Klimawandel.“ Dass Kormorane Fische anfressen, könne man nicht einfach beiseite schieben.

Was die AfD hier abliefern, seien „Parolen statt Programme“, so **Andreas Butzki** (SPD). „Man kann hier mit der Fischerei wieder herrlich über Europa wettern und sich vor Ort als die großen Retter und Kümmerer profilieren.“ Wer die Fischerei langfristig erhalten wolle, müsse jedoch Regeln vereinbaren – und diese auch einhalten und kontrollieren. Von 700 Fischereifahrzeugen seien 535 kleiner als acht Meter und 100 zwischen acht und zehn Meter groß. Sie von der Logbuchpflicht zu entbinden, würde bedeuten, 90 Prozent der Boote unkontrolliert zu lassen. Gleiches gelte für die Aufhebung der Fangmengen für diese Fahrzeuge. „Die Überfischung ist dann vorprogram-

miert.“ In der Nationalparkzone sei die passive Fischerei bis 31. Dezember 2022 erlaubt. Wie es danach weitergehe, werde dann mit den Fischern gemeinsam besprochen. Sein Fazit: Die eigentlichen Bewahrer der Heimat seien die beiden Regierungsparteien, „insbesondere die SPD“. Mit den Vorschlägen der AfD wäre die Küstenfischerei in zwei Jahren tot.

„Zeigen Sie mir 2022 noch irgendeinen Fischereibetrieb der kleinen Küstenfischerei, der mit Ihnen reden kann. Die gibt es dann einfach nicht mehr“, hielt **Nikolaus Kramer** (AfD) dagegen. Dass der Kormoran Fischbestände minimiert, stehe außer Frage. „Oder frisst er Kartoffeln und Wattwürmer?“ Hier gehe es nicht nur um die kleine Küstenfischerei, sondern auch um ihr Nebengewerbe: um Räuchereien, Verkaufsstände und um Tourismus. Wenn das alles kaputt gehe, „dann will ich mal sehen, wie Sie dafür sorgen, dass der Tourismus erhalten bleibt“.

Antrag AfD Drucksache 7/3589

Hintergründe

Die kleine Küstenfischerei ist seit der Wende stark zurückgegangen: 1989 gab es noch 1390 Haupterwerbsfischer. Im vergangenen Jahr waren es 230. Als Gründe für den Rückgang führt das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei M-V unter anderem die Wende bedingte Umstellung der Fischerei auf die Marktwirtschaft sowie Kapazitätslizenzen und Fangquoten an. Ein weiteres Problem: der fehlende Nachwuchs. Jeder zweite Küstenfischer ist nach Angaben von Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus älter als 60 Jahre.

Mit den Fangquoten legt die EU fest, wie viel Fisch in einem bestimmten Jahr aus dem Meer geholt werden darf. Diese Mengen werden jedes Jahr neu bestimmt. Grundlage dafür sind Empfehlungen wissenschaftlicher Gremien. Die endgültige Entscheidung treffen dann die Fischereiminister der EU-Länder. Mit den Quoten kämpft die EU gegen Überfischung an – also dagegen, dass mehr Fische gefangen werden, als nachwachsen können.

Weitere Beschlüsse

Landesrechnungshof: Spitzenplatz für M-V bei Verschuldung

Die Kommunen des Landes haben das Haushaltsjahr 2017 mit einem Überschuss von rund 297 Millionen Euro abgeschlossen. Das geht aus dem Kommunalfinanzbericht des Landesrechnungshofs hervor. Eine Entwicklung, die an das Vorjahr anknüpft, und unter anderem auf hohe Steuereinnahmen und Landeszuweisungen zurückzuführen sei: Jeder siebte Euro des Landeshaushalts werde an die kommunale Ebene weitergegeben. Gleichwohl bleibe vor allem in kleinen Gemeinden die finanzielle Situation angespannt. Viele Probleme resultierten dabei aus der Kleinteiligkeit der Kommunen. Bei der Verschuldung nehme M-V weiterhin einen Spitzenplatz ein. Zwar hätten die Kommunen ihre Schulden, Kassenkredite und Bürgschaften 2017 erneut reduzieren können. Im ostdeutschen Vergleich blieben sie jedoch am zweithöchsten verschuldet, berichtete Dr. Gunter Jess, Vorsitzender des Finanzausschusses. Der Ausschuss hat den Bericht des Landesrechnungshofes in vier Sitzungen beraten und dem Landtag verfahrensgemäß zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Unterrichtung Landesrechnungshof

Drucksache 7/2993

Beschlussempfehlung Finanzausschuss

Drucksache 7/3582

Gerichtsstrukturreform: Evaluation für 2019 geplant

Die amtsgerichtlichen Zweigstellen Anklam, Bergen, Demmin, Grevesmühlen, Neustrelitz und Parchim werden vorerst nicht in vollwertige Amtsgerichte zurückverwandelt. Der Landtag hat den Vorstoß der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt.

Die Koalitionsfraktionen betonten, dass das Justizministerium die 2014 in Kraft getretene Gerichtsstrukturreform in diesem Jahr evaluieren werde. Diese Ergeb-



Der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern

nisse gelte es nun erst einmal abzuwarten. Im Zuge der Gerichtsreform wurde die Zahl der Amtsgerichte von 21 auf 10 reduziert. Sechs wurden als Zweigstellen anderen Amtsgerichten angegliedert, fünf geschlossen. DIE LINKE versprach sich von einem Neuzuschnitt der Amtsgerichtsbezirke zukunftsferne, bürgernahe Justiz im Land. SPD, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmten in Zweiter Lesung gegen den Gesetzentwurf, die Fraktion Freie Wähler/BMV enthielt sich.

Gesetzentwurf DIE LINKE

Drucksache 7/3240

Petitionen: Landtag stimmt zu

Der Petitionsausschuss hat im ersten Quartal dieses Jahres 92 Petitionen abgeschlossen. Sieben von ihnen wurden in Gänze im Sinne der Petenten entschieden, in 43 Fällen Kompromisse erzielt, berichtete der Ausschussvorsitzende Manfred Dachner im Landtag. Bei acht Petitionen sah der Ausschuss weitergehenden Handlungsbedarf. Sie wurden deshalb an die Landesregierung überwiesen. Bei ihnen geht es zum Beispiel um ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für den Freiwilligendienst, um lange Verfahrensdauern vor Gericht und um Schülerbeförderung. Bevor die Petenten eine abschließende Antwort über ihre Petitionen erhalten, muss der Landtag den Empfehlungen des Petitionsausschusses zustimmen. Das hat er am 22. Mai einstimmig getan.

Beschlussempfehlung Petitionsausschuss

Drucksache 7/3635

Immunität aufgehoben

Der Landtag hat die Immunität des fraktionslosen Abgeordneten **Holger Arppe** aufgehoben und damit den Weg für eine Strafverfolgung frei gemacht. Hintergrund ist ein Antrag der Rostocker Staatsanwaltschaft, die gegen ihn einen Strafbefehl wegen Beleidigung erlassen möchte. Alle Fraktionen des Landtags stimmten der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zu. Holger Arppe selbst stimmte dagegen.

Beschlussempfehlung Rechtsausschuss

Drucksache 7/3610

Barlen rückt in den Landtag nach



Julian Barlen

Der Rostocker Julian Barlen ist für die verstorbene Abgeordnete Sylvia Bretschneider in den Landtag nachgerückt. Der 39-jährige Julian Barlen gehörte dem Landtag bereits in der 6. Wahlperiode (2011 – 2016) als Abgeordneter der SPD-Fraktion an. Barlen war zuletzt Referent der SPD-Landtagsfraktion. 2018 wurde er zum Generalsekretär des SPD-Landesverbands gewählt.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 28.05.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/1571	LReg.	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung 28.01.2018 2. Lesung 25.04.2018 in Beratung
7/2248	BMV	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3012	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 23.01.2019 in Beratung
7/3222	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz und zu Erleichterungen bei der kommunalen Haushaltswirtschaft nach der doppelten Buchführung (Doppik-Erleichterungsgesetz)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 13.03.2019 in Beratung
7/3393	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	Sozialausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3394	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3396	DIE LINKE	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - FTG M-V)	-	1. Lesung: 10.04.2019 Ablehnung der Überweisung
7/3408	CDU, SPD	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 10.04.2019 in Beratung
7/3556	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrechts	Bildungsausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3557	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrages	Energieausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3584	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -	Finanzausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3601	Freie Wähler/ BMV	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Strategiefonds-Errichtungsgesetz - StratG M-V) und Änderung weiterer Gesetze	-	1. Lesung: 22.05.2019 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossen

im Plenum am 22. Mai 2019 entschieden

Stand: 28.05.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3240	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsstrukturgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften	DIE LINKE	1. Lesung 13.03.2019 2. Lesung 22.05.2019	Ablehnung der Überweisung Ablehnung des Gesetzentwurfs

Foto: Uwe Sinnecker



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ und des Parlamentarischen Jugendforums der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im Plenarsaal
Foto: Landtag M-V

Internationale Tagung

Arbeitsgruppe und Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu Migration und Integration

■ Am 27. und 28. Mai 2019 wirkten rund 60 Abgeordnete, junge Erwachsene und Sachverständige an der Arbeitsgruppensitzung „Migration und Integration“ in Verbindung mit dem Parlamentarischen Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im Schweriner Schloss mit.

Die neue Landtagspräsidentin, Birgit Hesse, wies in ihrer ersten Eröffnungsrede einer internationalen Veranstaltung darauf hin, dass die Sitzung im Einklang mit den Zielen ihrer Präsidentschaft im Landtag stehe, in deren Rahmen sie für die Einbeziehung von jungen Menschen in die Politikgestaltung und die Weltoffenheit des Landes stehe. Die Gäste aus dem Ostseeraum waren beeindruckt von den vielfältigen und unterschiedlichen Anstrengungen, die im Lande in den vergangenen Jahren unternommen wurden, um Migration durch Integration zu gestalten.

In fünf Sitzungsabschnitten wurde in verschiedenen Formaten intensiv diskutiert und ein Bild von Best-Practice-Beispielen hinsichtlich der Integration von Migranten in M-V gezeichnet. Mit dem Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Stefan Rudolph, und der In-

tegrationsbeauftragten Dagmar Kaselitz konnte sowohl die wirtschafts- als auch die sozialpolitische Seite der Integration von Geflüchteten beleuchtet werden. Die Integration in Schule, Ausbildung und Beruf spielte ebenso eine Rolle wie die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten. Hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der IHK Schwerin und der Arbeitsagentur Nord informierten in Form von Expertenvorträgen.

In einer Podiumsdiskussion sprachen der Hauptgeschäftsführer der IHK Schwerin sowie der für Aus- und Weiterbildung zuständige Geschäftsbereichsleiter der IHK und die Leiterinnen der Beruflichen Schule Technik und der weiterführenden Niels-Stensen-Schule mit Schülerinnen und Schülern aus dem Ostseeraum über die Integrationsbemühungen in Schule und Ausbildung. Ein Vertreter der Landeszentrale für Politische Bildung

berichtete über seine Erfahrungen in der politischen Bildung in Schule und Ausbildung. Die Delegierten tauschten sich auf dieser Grundlage über Erfahrungen in ihren Heimatländern und -regionen aus. Die Ergebnisse der Schweriner Konferenz werden in politische Handlungsempfehlungen einfließen, die von der BSPC-Jahreskonferenz im August 2019 in Oslo beschlossen werden sollen.

Der Landtag M-V hatte die Ausrichtung dieser inzwischen sechsten Sitzung der 2017 eingerichteten Arbeitsgruppe Migration und Integration der BSPC übernommen und ihre Mitglieder nach Schwerin eingeladen. Damit verbunden war in diesem Jahr die Ausrichtung des Parlamentarischen Jugendforums der BSPC. Hier sind junge Erwachsene aus dem gesamten Ostseeraum, nominiert durch die Mitgliedsparlamente der BSPC, zusammenkommen, um das Thema der Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Abgeordneten zu beraten. Spannend gestaltete sich am Schluss der Beratungen die Nominierung der zwei jungen Erwachsenen, die die Ergebnisse des Jugendforums Ende August in Oslo präsentieren werden: In zwei geheimen Wahlgängen setzten sich eine syrischstämmige Delegierte aus Deutschland und eine lettische Delegierte durch.

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, fasste am Ende der Tagung die Ergebnisse zusammen: „Wir haben den Ostseeparlamentariern mehr gegeben als einen Rahmen für die Durchführung ihrer Beratungen. Wir haben die Anstrengungen und die Erfolge aber auch die Herausforderungen deutlich gemacht, mit denen wir in Mecklenburg-Vorpommern in Politik und Zivilgesellschaft versuchen, die zu uns Geflüchteten zu integrieren. Dass dabei nicht alles problemlos verläuft, ist vor dem Hintergrund des Umfangs der Herausforderungen nicht verwunderlich. Doch die Reaktionen der Abgeordneten und jungen Erwachsenen aus dem Ostseeraum haben gezeigt, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Wir haben viel Anerkennung bekommen und uns als weltoffenes Land gezeigt. Mein Dank gilt vor allem auch den vielen Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich engagiert haben und weiterhin engagieren.“

Marc Reinhardt, Landtags-Abgeordneter (CDU-Fraktion), Vorsitzender des Innen- und Europaausschusses

Foto: privat



Landtags-Abgeordneter Marc Reinhardt ist auch in der Freiwilligen Feuerwehr der Peenestadt Neukalen aktiv.

■ Politiker sind auch nur Menschen. Eine Binsenweisheit, die aber doch nicht selten aus dem Blick gerät. Mit unserer Rubrik „Persönliches Dutzend“ wollen wir Ihnen in loser Folge Abgeordnete mal von einer anderen, persönlichen Seite zeigen. Diesmal Marc Reinhardt (CDU-Fraktion). Der Abgeordnete gehört dem Landtag seit 2006 an und ist Vorsitzender des Innen- und Europaausschusses.

- Ihr Lieblingsort (-platz) in Mecklenburg-Vorpommern?**
Der Kummerower See
- Ihr Lieblingsbuch?**
Das Bernsteinamulett
- Ihr Lieblingsfilm?**
Star Wars (eigentlich alle Teile)
- Ihre Lieblingsmusik(er)?**
Roland Kaiser

Welches Vorbild beeindruckt Sie und warum?

Helmut Kohl, weil er die Chance zur Deutschen Einheit genutzt hat.

Ihr Motto?

In dir muss brennen, was du in anderen entfachen willst.

Ich kann lachen, wenn ...

es lustig ist.

Ich ärgere mich ...

über ständige Pauschalurteile.

In zehn Jahren werde ich ...

hoffentlich noch gesund und glücklich sein.

Hätte ich einen Wunsch frei ...

würde ich mir weniger Neid und Missgunst wünschen.

Ich bin ...

gerne aktiv in der Freiwilligen Feuerwehr.

Glück ist für mich ...

zu Hause mit Familie und Freunden zu sein.

Das persönliche Dutzend

Frauenanteil in Landtagen

Thema auf Präsidenten-Konferenz in Würzburg

■ Vom 2. bis 4. Juni trafen sich in Würzburg die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zu ihrer jährlichen Konferenz. Zunächst standen Themen wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Anteil von Frauen in den Parlamenten auf der Tagesordnung. Dazu Landtagspräsidentin Birgit Hesse: „Es ist wichtig, dass das Parlament ein Spiegelbild der Gesellschaft ist. Dazu gehört, dass zum Beispiel junge wie alte Menschen vertreten sind, und dazu gehört auch, dass Männer und Frauen zu mög-



Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente trafen sich in Würzburg.

lichst gleichen Teilen in den Parlamenten sitzen.“ Vorliegende Daten legten nahe, dass es teilweise hier sogar eine rückläufige Entwicklung gibt. Am zweiten Tag fand eine gemeinsame Konferenz der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des

Südtiroler Landtages sowie des deutschen Bundestages und des deutschen und österreichischen Bundesrates unter Beteiligung des Parlaments der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens statt. Dabei ging es unter anderem um Europa nach der Wahl.

Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag, Rolf Poss



Politik hautnah zum Erleben und Mitmachen

Knapp 20.000 Besucher kamen beim „Tag der offenen Tür des Landtages“ ins Schweriner Schloss

■ Im zweiten Jahr seines Bestehens war auch in diesem Jahr der „neue“ Plenarsaal der Anziehungspunkt beim „Tag der offenen Tür des Landtages“. Aber auch die Konferenzräume, der Thronsaal, die Schlosskirche, der Innenhof und der Bereich um das Schloss herum zogen fast 20.000 Besucherinnen und Besucher auf die Schlossinsel.

Sie nutzten das vielfältige Programm von Information, Mitmachen und Unterhaltung von der Eröffnung um 10 Uhr durch Landtagspräsidentin Birgit Hesse bis zum Glockenschlag um 17 Uhr.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßt die Gäste im Innenhof des Schweriner Schlosses.

Wichtiger Bestandteil des „Tages der offenen Tür des Landtages“ war der Dialog der Besucherinnen und Besucher mit den Abgeordneten und den Mitarbeitern der Fraktionen. Zahlreiche Besucher verfolgten die Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landtagsfraktionen im Innenhof. Eine einmalige Gelegenheit für die Gäste, denn zu den Wortmeldungen aus dem Publikum nahmen die Fraktionsvertreterinnen und -vertreter individuell Stellung. Aber auch die Landtagsverwaltung stand Rede und Antwort. Mit dabei war auch in diesem Jahr wieder die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.



Foto: Angelika Lindenbeck



Foto: Landtag M-V

Foto: Landtag M-V



Dörte Graner (NDR) im Gespräch mit (v.l.) Bernhard Wildt (Freie WählerBMV), Torsten Renz (CDU), Simone Oldenburg (DIE LINKE), Nikolaus Kramer (AfD) und Thomas Krüger (SPD)



Fotos: Angelika Lindenbeck

Thomas Krüger (SPD) im Gespräch



Torsten Renz (CDU)

Foto: Landtag M-V



Großer Andrang herrschte beim Datenschutzbeauftragten.



Nikolaus Kramer (AfD)



Bernhard Wildt (Freie Wähler BMV)



Der Petitionsausschuss stellte seine Arbeit vor.



Bürgerbeauftragter Matthias Crone stand Rede und Antwort.



Simone Oldenburg (DIE LINKE)



Zum Tag der offenen Tür des Landtages wurde die Drehbrücke geöffnet



Gruppenbild mit Abgeordneten: 50 Jugendliche nahmen bei "Jugend fragt nach 2019" teil.

„Das Chaos kommt zurück“

Beteiligungsprojekt
„Jugend fragt nach“
im Landtag M-V

„Das ist eine tolle Chance, bei den Abgeordneten Verständnis zu schaffen, für die Themen, die uns wichtig sind.“ So das Resümee von Josefine Birkholz aus Stralsund zur Veranstaltung „Jugend fragt nach 2019“ (#jfn19). Drei Tage lang haben sich 50 Jugendliche in Workshops mit den Themen „Schule der Zukunft“, „Nachhaltiges MV“ und „MV in „Europa“ auseinandergesetzt. Abschließend diskutierten sie ihre Ideen und Forderungen mit den Abgeordneten des Landtags M-V.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen brachten nicht nur das Chaos zurück ins Schweriner Schloss, sondern sie hatten auch gleich zu Beginn Fragen im



Fotos: Landtag M-V

Auch Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtages, stand Rede und Antwort.

Gepäck. Fragen nach Ergebnissen der Vereinbarungen aus „Jugend im Landtag 2018 – Wir bringen Chaos in die Ordnung“.

Nach diesem Einstieg folgte die Sacharbeit. Josefine Birkholz brachte sich im Workshop „Nachhaltiges M-V“ ein. „Zu Beginn haben wir die aktuelle Situation

analysiert und dann unsere Ideen und deren Machbarkeit besprochen“, so die stellvertretende Vorsitzende des Landesschülerrats. Ihr liegt vor allem das Thema Mobilität am Herzen. In einem landesweiten kostenfreien Schülerticket sieht sie nicht nur eine finanzielle Entlastung für Familien, sondern auch einen Beitrag für ein nachhaltiges M-V. Hanna



Die Jugendlichen besprachen ihre Ideen und Kritikpunkte mit den Landtags-Abgeordneten.



Fotos: Landtag M-V

Wahlalter 16: eine jahrelange Forderung der Jugend

wird von Jugendlichen aus M-V und dem Landesjugendring organisiert. Mitmachen kann jede und jeder, die oder der Lust und Zeit hat, sich mit politisch relevanten Themen auseinanderzusetzen.

Ideen aus „Jugend fragt nach 2019“

Schule der Zukunft: Generell waren die Jugendlichen der Meinung, dass man die Lehrpläne unbedingt kürzen sollte und würden sogar eine Schulzeit von 13 Jahren bis zum Abitur bevorzugen. Außerdem wollen sie ein Programm namens Emep starten, womit auf Papier verzichtet werden soll und man stattdessen auf die Benutzung von technischen Geräten setzt. Aber auch Barrierefreiheit und die damit verbundene bauliche Anpassung in Schulen war ihnen sehr wichtig. Zudem wollen sie das Fach Medienkompetenz in der Schule ab der 3. Klasse einführen und somit auf die Gefahren im Internet hinweisen.

M-V in Europa: Diese Arbeitsgruppe machte klar, wie wichtig ihnen Europa ist. Sie schrieben einen Brief an das Britische Unterhaus, in dem sie gegen den Brexit werben und alle Teilnehmer unterschreiben konnten. Von besonderer Bedeutung ist auch das Herabsetzen des Wahlalters für die nächste Europawahl auf 16 Jahre – sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht.

Nachhaltiges M-V: In den Gesprächen mit den verschiedenen Abgeordneten fiel der Gruppe auf, wie schlecht die Verkehrsgesellschaften sich verständigten. Sie fordern daher einen landesweiten Verbund. Sie betonten dazu die Wichtigkeit der Mülltrennung und ein Verbot von Plastiktüten.

Schülerpraktikant Silas Wiechert



Tragbare Ergebnisse

Serena Krause schilderte ihren Eindruck aus größeren Städten: „Selbst da, wo es einen guten Nahverkehr gibt, fahren die Menschen sogar nur einen Kilometer mit dem Auto. Das muss sich ändern.“ Und Rasmus Rutsch ergänzt: „Es gibt zu wenig Platz fürs Rad. Es ist einfach zu gefährlich aufs Rad zu steigen.“

In das Gespräch über die „Schule der Zukunft“ brachte sich Philipp Prüter ein. Er wünscht sich vor allem, dass den Schülern der Leistungsdruck genommen werde. Zudem müssten Schulen mehr Praxisbezug ermöglichen sowie moderne Medien und mobile Endgeräte einsetzen. Antonia Huhn leitete den Workshop „MV in Europa“. Sie betonte, wie wichtig Europa, Austausch und vor allem Sicherheit für die Jugendlichen seien.

2. Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke verwies auf die Notwendigkeit des politischen Engagements von jungen Menschen, um sich in Entscheidungen einbringen zu können. „Die Jugendlichen wissen, was sie wollen. Sie müssen gehört werden, denn sie sind diejenigen die die Auswirkungen zu

spüren bekommen,“ so die Vize-Präsidentin.

„Immer, wenn junge Leute in einem politischen Kontext zusammenkommen, der bei Beteiligungsprojekten im Landtag gegeben ist, bringen sie auch ihre aktuellen Probleme und Fragen aus ihrem Alltag mit. Die Landtags-Abgeordneten wissen, dass Jugendliche durchaus konkrete Vorstellungen und Forderungen haben, wie ihre Zukunft und das Leben in unserem Land aussehen soll. Sie wissen auch, dass die Jugendlichen diese engagiert und oft auch kreativ in die Gespräche einbringen. Das macht den Erfolg der Beteiligungsformate ‚Jugend im Landtag‘ und ‚Jugend fragt nach‘ aus“, sagte Yvonne Griep, Koordinatorin des Beteiligungsnetzwerks MV beim Landesjugendring.

„Jugend fragt nach“ findet seit 2011 abwechselnd mit „Jugend im Landtag“ in Schwerin statt. Das kleinere Format (Jugend fragt nach), mit 50 Teilnehmern vertieft die Vorarbeit von „Jugend im Landtag“. Das größere Format (Jugend im Landtag) wurde 2000 vom Landtag und dem Landesjugendring initiiert. Dieses Projekt soll eine bessere Kommunikation zwischen Jugendlichen und Politikern ermöglichen und sich intensiv mit den Wünschen junger Menschen auseinandersetzen. Das Projekt ist jedes Mal ein wenig anders, da sich das Team themenbedingt zusammensetzt. Die ausführliche Planung für „Jugend im Landtag“ bzw. „Jugend fragt nach“ nimmt sechs Monate in Anspruch und



Fotos: Landtag M-V

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Direktor Armin Tebben im Gespräch mit Schlossimker Dr. Mirko Lunau

Honigbienen auf dem Schlossdach

Start in die dritte Saison

■ Dass es Honigbienen in der Stadt besser haben, als auf dem Land, zeigte sich in den vergangenen zwei Jahren auch in Schwerin. Ob das Bienenjahr 2019 ähnlich erfolgreich wie 2018 wird, bleibt jedoch abzuwarten. Landtagspräsidentin Birgit Hesse ließ sich von Schlossimker Dr. Mirko Lunau die aktuelle Situation der Bienen auf dem Schlossdach erklären. Sie sei beeindruckt von dem Projekt und gespannt, wie sich die Völker entwickeln werden, sagte die Landtagspräsidentin. Imker Lunau prognostizierte bereits: Die Trockenheit des vergangenen Sommers hat auch Auswirkungen auf den diesjährigen Ertrag.



Die Analyse der Bestandteile auf der Bodeneinlage gibt Auskunft über die Pollenvielfalt und den Gesundheitszustand der Bienenvölker.

Ende April war es wieder soweit: vier neue Bienenvölker zogen auf das Schlossdach und komplettieren das Schweriner Schlossbienen-Projekt in diesem Jahr. Nach einem äußerst ertragreichen Bienenjahr 2018 hatten vier der fünf Völker auf dem Schlossdach den Übergang zum Winter nicht geschafft - als mögliche Ursachen vermutet der betreuende Imker Dr. Mirko Lunau Krankheitsdruck und städtische Stressfaktoren, wie Lärm und Licht, aber auch Wespen und Hornissen, die den Honigbienen während des trockenen Sommers 2018 zusetzten. Ein Volk hat den Winter auf dem Schloss-

dach jedoch gut überstanden und kann in seiner Entwicklung über eine Stockwaage unter www.landtag-mv.de/schloss verfolgt werden.

Die Folgen der Trockenheit des letzten Jahres seien immer noch zu spüren, so Mirko Lunau. Die Bienenvölker hätten sich zwar schnell an ihren neuen Standort auf dem Schloss gewöhnt und tragen vielfältige Pollenarten ein - in ihrer Zusammensetzung deutlich reichhaltiger als auf dem Land, wo landwirtschaftlich genutzte Flächen kaum Raum für ein buntes Blütenangebot lassen. Die für den Monat Mai geringen Honigmengen bei den Schweriner Schlossbienen seien jedoch ein Hinweis darauf, dass Blüten noch nicht genug Nektar hätten bilden können. Wässriger Blütennektar ist reich an verschiedenen Zuckerarten und ein wesentlicher Bestandteil des Honigs. Für die Saison 2019 wird daher von zwei Honigernten, die meist im Frühjahr und Sommer stattfinden, abgesehen. „Stattdessen wird dieses Jahr nur eine Tracht geerntet, und zwar zu Johanni um den 20. Juni herum“, erklärt Dr. Mirko Lunau.

Bienenquiz



1. Wenn sich der Bienen-Nachwuchs von der Larve zur Biene entwickelt, bleibt er sehr ruhig und inaktiv. Wie werden Bienen in dieser Phase bezeichnet?
 - c) Babys
 - a) Schlafbienen
 - b) Puppen
- 2.) Wie kommunizieren Bienen miteinander. Um andere zu informieren, wo es Futter gibt...
 - i) Tanzt die Biene
 - k) Summt die Biene
 - o) Malt die Biene
- 3.) Wie alt wird die Bienenkönigin?
 - a) Die Bienenkönigin lebt genauso lange wie die anderen Honigbienen.
 - e) Die Königin überlebt mehrere Generationen von Untertanen.
 - f) Die Königin lebt im Gegensatz zu ihren Untertanen am kürzesten
4. Wie viele Bienenarten gibt es in Deutschland?
 - n) ca. 500
 - k) ca. 56
 - o) ca. 3400
- 5.) Wie ernähren sich Bienen?
 - e) Rein vegetarisch von Säften und Pollen
 - z) Neben dem Nektar auch von menschlichem Blut
 - u) Von Insekten und Pflanzen
- 6.) Was sammeln Honigbienen in Blüten?
 - n) Nektar
 - w) Zucker
 - o) Fruchtsaft

Bitte senden Sie das Lösungswort per Postkarte an den Landtag M-V. Einfach die Karte unten ausschneiden und ab geht die Post.

Einsendeschluss: 31.8.2019

An den Landtag M-V
 Öffentlichkeitsarbeit
 Lennéstraße 1 / Schloss
 19053 Schwerin

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **20 Bienengläser** des Schweriner Schlosshonig.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben



Foto: Landtag M-V | Illustration: Uwe Sinnecker



Bitte nicht vergessen:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
Telefon

Lösungswort:

1	2	3	4	5



Einsendeschluss: 31.8.2019

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 20 Bienengläser des Schweriner Schlosshonig.
 Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
 Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.

Bitte
 ausreichend
 frankieren

Landtag M-V

 Öffentlichkeitsarbeit

 Lennéstraße 1 / Schloss

 19053 Schwerin

Foto: Cornelius Kettler



Fotos: Landtag M-V



Am ersten Tag ihres insgesamt zweitägigen Deutschlandbesuches haben König Willem-Alexander und Königin Máxima der Niederlande am 20. Mai das Schweriner Schloss besucht. Im Anschluss an ein Mittagessen in der Orangerie besichtigten die Gäste Teile des Schlossmuseums. Zudem waren sie im Plenarsaal. Die beiden Vizepräsidentinnen des Landtages, Beate Schlupp (2. V. li.) und Dr. Mignon Schwenke (li.), erklärten dem Königspaar die Besonderheiten des ehemaligen Goldenen Saales, dem heutigen Plenarsaal. Anschließend trug sich der niederländische Besuch im Beisein von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und ihrem Ehemann ins Gästebuch ein. Im Anschluss reiste das Königspaar gemeinsam mit Ministerpräsidentin und weiteren Regierungsmitgliedern nach Rostock weiter. Der Aufenthalt in Schwerin hatte mit einem Besuch der Staatskanzlei begonnen.

Am Rande der letzten Mai-Sitzung des Landtags am 24. Mai begrüßte die frisch gewählte Landtagspräsidentin Birgit Hesse ihre erste offizielle Delegation. Seine Exzellenz der Botschafter der Republik Südafrika, Phumelele Stone Sizani, war zu Gast in Schwerin. Nachdem er sich in das Goldene Buch der Landeshauptstadt Schwerin eingetragen hatte, ging es für den Botschafter in Begleitung von Honorarkonsul Ekkehart Eymmer und einer 15-köpfigen Delegation zu Fuß zum Schloss. Vor dem Plenarsaal, wo gerade der letzte Tagesordnungspunkt debattiert wurde, empfing die Landtagspräsidentin den Botschafter. Nach einem kurzen Gespräch über die parlamentarischen Abläufe folgten Phumelele Stone Sizani und die Delegation die Landtagssitzung von der Besuchertribüne aus.

Durchschnittlich 6,35 Millionen Zuschauer haben sich am 22. Mai das Schweriner Schloss im Fernsehen angesehen. Dort zeigte das ZDF die TV-Sendung „Bares für Rares“, die im April im und um das Schweriner Schloss herum aufgezeichnet wurde. Die jetzt ausgestrahlte erste von insgesamt zwei Sendungen sahen nach Angaben der Produktionsfirma in der Spitze sogar 7,68 Millionen Zuschauer. Zu den Dreharbeiten der Trödel-Show begrüßten Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp und Direktor Armin Tebben den Moderator der Sendung, Horst Lichter (Mitte) im Schloss.

Foto: Uwe Sinnecker



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

